Nr. 18 / Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Sonnabend, den 22. Januar 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 24 605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Die Brücke zum Besitz-Bürgerblock.

Das falsche Gesicht.

÷ Halle, 22. Januar.

Die allgemeine politische Erklärung der Zentrumspartei ist gewiß ein Meisterwerk (s. nebenstehend). Das Zentrum erklärt mit der nötigen Wärme, daß es sozial und republikanisch sei. Gegenüber früheren programmatischen Aeußerungen kann man sogar einen gewissen Fortschritt in der Stärke des Bekenntnisses zur Republik feststellen. Die Zentrumsführer meinen wahrscheinlich, das werde den Arbeitern in Rheinland-Westfalen, in Süd- und Westdeutschland und wo sonst sich die industriellen Massen katholischen Glaubens zusammenballen, angenehm in den Ohren klingen. Die Deutschnationalen aber, die von der Parlamentstribüne ebenso heftig auf die Republik schimpfen, wie sie in Privatgesprächen die deutsche Republik als historisch Gewordenes und Gegegebenes anerkennen, stoßen sich schon gar nicht an dem Bekenntnis einer Partei, die die Verfassung von Weimar als Plattform einer zukünftigen Bürgerblockregierung in den Vordergrund schiebt. Werden sich die Zentrumsarbeiter durch die geölte Form des Programms täuschen lassen? Wir glauben, diese Frage nicht glatt bejahen zu können. Denn was enthält das Zentrumsprogramm an positiven Werten? Was enthält es an Forderungen, deren Durchführung zur Voraussetzung der Bildung einer Bürgerblockregierung gemacht wird? Was enthält es schließlich unterschiedliches von einem deutschnationalen Regierungsprogamm?

Kommen wir zur Regierungserklärung des Herrn Dr. Luther im Vorjahr zurück. Herr Dr. Luther wollte nur auf christlicher Grundlage regieren. Seine Reden troffen von Oel. Er liebte seine Nächsten wie sich selbst. Die Deutschnationalen saßen bei der Regierungserklärung mit geschwellten Tränenbeuteln. Ihr Herz schlug für die Armen, und im Geiste öffneten sie bereits sämtliche Geldbeutel, um dem Volke zu geben was ihm so not tut. Die Geschichte von den zween Röcken, von denen der eine dem gehört, der nur nackte Arme und Schultern hat, schien in Erfüllung zu gehen. Eine Regierungserklärung, die christlicher, sozialer, menschenfreundlicher, liebevoller, volksgemeinschaftlicher und ehrbarer gewesen wäre, als die des Herrn Luther, hat es nie gegeben, und eine Regierungserklärung solcher Art wird es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht mehr geben. Die programmatische Aeußerung der Zentrumsfraktion, die nunmehr die Verhandlungen mit den Deutschnationalen nach offiziellem Parteibeschluß eröffnet, ist ein bescheiden blühendes Veilchen im Vergleich zu der üppig wuchernden sozialen Programmrose des Herrn Dr. Luther. Die Deutschnationalen, die Luthers Christentum und dessen Rückäußerung auf die Gesellschaft akzeptierten, werden schmunzelnd Herrn Wilhelm Marxens Predigt annehmen. Die Leute, die nicht über Zwirnsfäden stolpern, die ihr Gewissen in den Safes der Banken zu liegen und ihre Herzen geldbeutelweise gestapelt haben, diese Leute wollen schon energischer gestellt werden, um zu einer wirklichen Meinungsäußerung sich gezwungen zu fühlen. In Wirklichkeit ist die Erklärung des Zentrums ja nur ein Schwamm, aus dem man einiges herausdrücken kann.

Die sozialen Redensarten unterscheiden sich in nichts von den sozialen Floskeln der Deutschnationalen Volkspartei. Keine einzige konkrete Forderung wird in diesem Programm erhoben. Die Zentrumspartei weiß, daß sie mit den katholischen Arbeitern steht und fällt. Sie weiß, daß diese katholischen Arbeiter — Stegerwald hat es erst vor einigen Tagen gesagt — in der Arbeitszeitfrage genau dasselbe verlangen wie die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, daß sie den Achtstundentag als Normalarbeitstag fordern, daß sie die Durchführung eines Arbeitszeitgesetzes auf ihre Fahnen geschrieben haben. Von all diesen Dingen ist in dem Programm keine Rede. Warum nicht? Weil die Zentrumsführer wissen, daß eine Erörterung dieser Frage bei den Deutschnationalen und auch bei den Volksparteilern sofort eine Stimmung auslösen würde, die jedes weitere Verhandeln zur Unmöglichkeit machte. Weil man dieses weiß, begnügt man sich mit allgemeinen Redensarten, die zu nichts verbinden, und läßt die konkreten Forderungen heraus. Sollten die Zentrumsarbeiter das nicht merken? Wir glauben: ja. Sie werden es merken und werden mit Herrn Marx deutsch reden.

In der Reichswehrfrage wird eine ähnliche Taktik wie in der Frage der Sozialpolitik eingeschlagen. Es heißt, daß die Reichswehr keine Parteiangelegenheit sei und daß auf dem Boden der Verfassung stehende junge Leute als Heeresersatz zugelassen werden müßten. Es fehlt nur noch, daß die Forderung hieß: „auch" zugelassen werden müßten. Nachdem das Zentrum in der allgemeinen Erklärung ein verstärktes Bekenntnis zur republikanischen Verfassung abgelegt hatte, wäre es seine Pflicht gewesen zu verlangen, daß nur unzweifelhaft republikanische Personen und Persönlichkeiten in die Reichswehr aufgenommen werden können. Denn die Reichswehr ist das entscheidende Machtinstrument der Republik. Sie darf und kann darum nicht anders als republikanisch besetzt und durchsetzt sein, wenn sie ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen will. Indem das Zentrum fordert, daß auch Republikaner zugelassen werden, spricht es den Nichtrepublikanern, d. h. den Feinden der Republik, das Recht zu, ebenfalls in der Reichswehr zu wirken, legalisiert es gewissermaßen diese Elemente, den Kampf gegen die Republik von der Reichswehr aus weiterzuführen. So erklärt sich auch noch einmal nachträglich die unglaubliche Entgegnung des Reichskanzlers Marx auf die Reichswehr-Rede Scheidemanns.

Betrachtet man sich die programmatische Erklärung der Zentrumspartei unter diesen Gesichtswinkeln, so erhebt sich die Frage, warum sollten die Deutschnationalen dieses Zentrumsprogramm nicht anerkennen? Wir können uns sogar denken, daß ein deutschnationaler Spaßvogel auf die Idee käme, noch einige soziale Ornamente zur besonderen Betonung der deutschnationalen christlichen Gesinnung einzufügen. Je stärker man vom Oele sozialer und christlicher Gesinnung triefe, desto immuner ist man gegen äußere Angriffe, da die Mehrheit des Volkes leider nur auf die Hülle und nicht auf den Kern sieht.

Wir verkennen keineswegs, daß die Rolle des Zentrums nicht beneidenswert ist. Aber sie wird nicht dadurch besser, daß sie, die Christliche Volkspartei, so nannte sie sich nach der Revolution, sich die programmatischen Täuschungsmethoden der Deutschnationalen zu eigen zu macht, um mit diesen dann gemeinsam die Arbeitermassen übers Ohr zu hauen. Wir glauben nicht, daß die gewerkschaftlich einigermaßen geschulten Zentrumsarbeiter mit den hilflosen und alten Rentnern der Deutschnationalen auf eine Stufe gestellt werden können. Daraus ergibt sich die Verschiedenartigkeit der Gefahr für beide Parteien.

Doch das ist Sache des Zentrums. Wir aber werden dafür zu sorgen haben, daß das deutsche Republikanertum in seiner Gesamtheit und die deutsche Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes erkennen, wer die Phrase macht, um sich vor der Tat zu drücken, und wer zur Tat schreitet, um die Phrase totzuschlagen.

Das Programm der Zentrumspartei.

Republik. / Sozialgesetzgebung. / Reichswehr.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat am Freitagabend einstimmig eine Kundgebung beschlossen, in der es u. a. heißt:

„Die Zentrumspartei hat seit den Tagen des Zusammenbruchs ihre politische Sendung wohl erkannt und ist ihr in den schweren, verantwortungsvollen Jahren stets treu geblieben. Ihre ganze Arbeit war Rettungsarbeit am deutschen Volk und Aufbauarbeit am deutschen Staat.

Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Im Weimarer Verfassungswerk ist jener neue politische Wille durchgebrochen, der nach außen hin die nationale Geltung auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Nationen und nach innen die Erzielung eines vertieften Volksbewußtseins durch eine umfassende soziale Erneuerung unseres nationalen Lebens erstrebt. Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg. Die Deutsche Zentrumspartei hat diese Verfassung mitgeschaffen. Wir stehen zu ihr, indem wir ihren Sinn hüten, entfalten und pflegen und uns ständig bemühen, diese Verfassung in organischer Verbindung mit dem Volksganzen und seinen lebendigen Kräften zu halten. Die deutsche Republik soll uns nach außen hin frei machen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum echten Volksstaat machen.

Aus dem Wurzelboden unseres deutschen Volksgeistes müssen die Kräfte der Wissenschaft, der Kunst, der Volkserziehung, der Familie und der übrigen Gemeinschaften aufsteigen und einströmen in die höhere Einheit des Staates, in dem sich der Dienst an unserem Volke vollzieht. Der Geist deutschen Volkstums aber muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben. Auf ihm muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren.

Als Machtinstrument unseres Staates ist uns nur die Reichswehr verblieben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit, sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Daraus erwächst dem deutschen Volksheer seine innere Begründung und seine Aufgabe. Heute gilt es, gewisse Befürchtungen wegzurümen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienstbar wäre. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei noch einer Klasse noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen. Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volke. Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht.

Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volke seit dem Weltkrieg gewesen. Sie haben die Zahl der selbständigen und besitzlosen Massen in unserem Volke vermehrt und die Notwendigkeit, auf den inneren Zusammenhalt in unserem Volke bedacht zu sein, erst recht fühlbar gemacht. Die deutsche Zukunft erfordert, daß West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter sich in gemeinsamem Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung besser verstehen und in gegenseitiger Achtung würdigere Formen des Austrags von Interessengegensätzen finden. Es stehen große Gesetzesverlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen. Unsere staatliche Sozialpolitik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten. Aber nicht Gesetze allein, sondern wahrhaft soziale Erneuerung im Geiste und im Willen tut not, wenn die bedrückten und verzweifelten Massen neue Hoffnung und neues Vertrauen gewinnen sollen.

Alle Aufbauarbeit im Innern und alle soziale Reformarbeit wird nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, das deutsche Volk als Ganzes wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung einzufügen. Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt muß, wie wir das immer erstrebt haben, in einem neuen Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. In der Einordnung in die gegebene Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eigenen Nation nicht verdunkelt werden. Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gesittetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen, auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen.

Deutschland ist in London und Genf internationale Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder Erfolg verheißenden Außenpolitik. Frühere bisher Politik, die wir in langen, schicksalsschweren Jahren stetig vertreten haben, sind herangereift. Niemand, der ernsthaft zur Verantwortung schreiten will, darf diese unsere politischen Grundlinien übersehen und versäumen, sie anzuerkennen. Die nächste Aufgabe einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste europäischer Solidarität arbeiten und den bloßen Machtgedanken zurückstellen. Wir erneuern dieses Bekenntnis zu einer friedlichen Entwicklung gerade jetzt, wo Befürchtungen, die unberechtigterweise aufkommen, zurückgedrängt werden müssen.

In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumspartei die zeitnotwendige nationale und soziale Politik. Sie ist von dem Wunsche beseelt, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, welche die bestmöglichsten Bürgschaften zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltens unseres Volkes im staatspolitischen und gesellschaftlichen Sinne in sich schließt."

*

Diesem allgemeinen politischen Programm folgt dann ein besonderes sozialpolitisches als Pflaster für die Zentrumsarbeiter. In diesem sozialpolitischen Programm fordert die Zentrumspartei „die schrittweise Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft". „Sie kann und will dieses Ziel aber nur verwirklichen, indem gleichzeitig der Wohnungsbau gesteigert, jeder Mietwucher bekämpft und die unvermeidliche Heraufsetzung der Mieten durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen wird."

Das Programm lautet dann weiter: Die Zentrumspartei nimmt sich nach wie vor aus wirtschaftlichen, sozialen, allgemeinpolitischen und besonders aus bevölkerungspolitischen Gründen der Landwirtschaft und ihrer Interessen durch Förderung der landwirtschaftlichen Technik und durch entsprechende Handels- und Steuerpolitik nachdrücklich an. Sie denkt heute dabei nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0001

zuletzt an die Kleinen und Schwachen in der Landwirtschaft, an die Landarbeiter, an die Pächter und an die nachgeborenen Söhne der Bauern, ihre Lage zu bessern, insbesondere auch durch Oedlandkultivierung und gesteigerte Siedlung, ist ihr heutzutage dringliche Pflicht. Das Zentrum ist und bleibt die Partei der Sozialreform. Obenan steht ihm heute die Herbeiführung eines Zustandes, in dem die rechtliche Anerkennung der Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber ihre tatsächliche Auswirkung findet.

Diesem dringlichen Gebot der Stunde soll der Ausbau unseres Arbeitsrechtes dienen, dessen nächster Schritt ein einheitliches Arbeitsschutzrecht einschließlich des besonderen Schutzes der Bergarbeit ist, das vor allem die Arbeitszeit im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen regelt. Für die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen muß endlich eine Form gefunden werden, welche das im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft verwirklicht. Das Zentrum ergreift hier die Gelegenheit, um in der Gesetzgebung sowohl wie auf allen anderen Gebieten die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die beiderseitige Achtung und den Willen zu gegenseitiger Rücksichtnahme zu fördern. Dieses Ziel verfolgt die Zentrumspartei sowohl auf nationalem wie auf internationalem Boden. In der Sozialversicherung erblickt die Zentrumspartei das unentbehrliche Mittel zur Erhaltung der Gesundheit, der Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung. Hier handelt es sich nicht um soziale Lasten, sondern um soziale Pflichten, so schwer sie auch in unseren Tagen stellenweise empfunden werden. Der Ausbau unserer Sozialversicherung durch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, ihre Vereinfachung im Aufbau und Verfahren, eine organische Verbindung der Versicherungszweige, die Verbesserung der Lage der Invaliden, die Krankenversicherung der Seeleute sind die nächsten Ziele der Zentrumspolitik. Wir erstreben und begrüßen auch auf diesem Gebiete internationale Abmachungen als Teilbeitrag zum Schutze der Weltwirtschaft und zur Förderung des Arbeitsfriedens im In- und Auslande.

Eine notwendige Ergänzung der sozialpolitischen Maßnahmen bildet die Förderung der Wohlfahrtspflege. Ihrer Natur und ihrer geschichtlichen Entwicklung nach muß sie die besonderen Nöte des einzelnen Hilfsbedürftigen sorgfältig berücksichtigen. Sie muß sich vom Schematismus einer allgemeinen Staatsfürsorge ebenso fernhalten wie von der Planlosigkeit der Wohltätigkeit alten Stils. Ihre oberste Aufgabe muß sein, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe zu ertüchtigen und ihn von fremder Sorge nach Möglichkeit unabhängig zu machen. Die Behörden werden die Aufgaben der Wohlfahrtspflege allein nicht zu lösen vermögen, sie bedürfen der Hilfe und Ergänzung durch die Organisationen der freien, vom Staate unabhängigen Wohlfahrtspflege. Das sind die Grundsätze, nach denen die Zentrumspartei Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege gestalten will.

Besondere Aufmerksamkeit erheischt dabei die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die Klein- und Sozialrentner und nicht zuletzt für die Erwerbslosen. Gerade auf diesem letzteren Gebiete begegnen sich Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege, und noch mehr als das! Die Frage der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung sehen wir in der Zentrumspartei nicht bloß als ein Problem der nationalen Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Fürsorge an, wir erblicken vielmehr hier eine Frage von größter staatspolitischer Bedeutung für die davon berührte Nation, wie für die gesamte Welt.

Nationale und internationale Wirtschaft, die ruhige politische Entwicklung in jedem einzelnen Staate, wie der Staaten untereinander, Aufrechterhaltung der Währung, Erfüllung internationaler Verpflichtungen, all das hängt zusammen mit der Lösung des Arbeitslosenproblems. Damit sind allerdings auch die großen Schwierigkeiten angedeutet, die hier vorliegen, mehr aber noch die Wichtigkeit ihrer Lösung. An ihr nach besten Kräften durch Förderung und Verbesserung des Arbeitsnachweises, durch Arbeitsbeschaffung und durch geldliche Unterstützung sowie durch Betreuung einzelner besonders benachteiligter Kreise mitzuarbeiten, halten wir daher zurzeit für eine dringliche Aufgabe auf dem Gebiete sozialfürsorgerischer Arbeit.

*

Die Sitzung der Zentrumsfraktion, in der diese beiden Kundgebungen beraten wurden, endete mit folgendem Beschluß:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags erklärt sich mit der vorgelegten Erklärung einverstanden und stellt fest, daß damit Herrn Dr. Marx der Zugang zu Verhandlungen (mit den Deutschnationalen. — D. Red.) eröffnet ist." Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Marx hat angenommen.

Berlin, 22. Januar. (Radiomeldung.)

Amtlich. Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Reichspräsidenten, berichtete über den gestrigen Beschluß der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Die Rebellion der Zentrumsarbeiter.

Nicht mehr gewillt, sich an die Seite drücken zu lassen

Köln, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In München-Gladbach soll im Laufe dieses Jahres ein Polizeipräsidium geschaffen werden. Von den katholischen Arbeitern war für dieses Amt der Schriftleiter der katholischen „Westdeutschen Arbeiterzeitung" Elfes, ein Mitglied des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei, vorgeschlagen worden. Die Berufung Elfes scheiterte jedoch an dem Widerstand des Oberbürgermeisters Gielen in München-Gladbach, der ebenfalls der Zentrumspartei angehört. Die Auseinandersetzungen, die in der Zentrumspartei zu heftigen Kämpfen hinter verschlossenen Türen führten, fanden in der letzten Stadtverordnetenversammlung in München-Gladbach ihr Echo durch eine scharf pointierte Erklärung, die im Auftrag der Arbeiter-Stadtverordneten der Zentrumsfraktion Stadtverordneter Elfes abgab und in der mit Nachdruck betont wurde, daß die katholische Arbeiterschaft nicht mehr gewillt ist, sich in der Zentrumspartei an die Seite drücken zu lassen. Man wolle zwar in der Zentrumspartei, so heißt es in dieser Erklärung weiter, mitarbeiten, aber die Arbeitervertreter hätten sich nicht nur vor den Instanzen, sondern auch vor den breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung zu verantworten.

Man werde sich darum auch in München-Gladbach nicht scheuen, wenn man dazu gezwungen werde, sich jener Möglichkeiten zu bedienen, die am vergangenen Sonntag Stegerwald in Köln in seinem Vortrag andeutete, als er darauf hinwies, daß bei den Kommunalwahlen die christlichen Arbeiter unter Umständen auch einmal mit eigenen Listen vorgehen sollten und, wo es notwendig sei, sogar eigene Presseorgane schaffen müßten, um sich ihren Lebensraum in der Zentrumspartei zu sichern.

Eine Meinung über das Zentrum

Köln, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung" schreibt am Freitagabend zu der politischen Lage, daß man zwar die Politik des Zentrums als verkehrt betrachten könne, aber realpolitisch mit einem Zentrum zu rechnen sei, wie es nun einmal ist. Die Zentrumsarbeiter seien durch den Druck der wirtschaftlichen Not tatsächlich in einem Grade radikalisiert, daß ihre Loslösung von der Sozialdemokratie eine sehr schwierige Operation bedeute. Wenn dieser Eingriff nicht von der geschicktesten Hand behutsam ausgeführt würde, so würde eine Verstümmelung des Zentrumskörpers, wenn nicht noch Schlimmeres, nicht ausgeschlossen sein.

*

Die Auffassung der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung" stützt sich auf bestimmte Vorgänge innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es gärt und brodelt innerhalb der christlichen Arbeiterschaft. Das können wir nach unseren Informationen aus dem Rheinland nur bestätigen. Wer von diesem Zustand im Falle eines Besitzbürgerblocks den Nutzen hat, dürfte auch dem Zentrum nicht zweifelhaft sein.

„Eine Art fascistischer Politik."

Rom, 22. Januar. (Radiomeldung.)

Die fascistische Presse bringt übereinstimmend ihre Genugtuung über den Brief des Reichspräsidenten Hindenburg zum Ausdruck und spricht von einer Art fascistischer Politik des Herrn von Hindenburg. Der Brief besage an Marx in fascistischem Sinne: „Pfeifen Sie auf die Parteien und regieren Sie!"

Demokratische Entschließung gegen Külz und Geßler.

Berlin, 22. Januar. (Radiomeldung.)

Der Wahlkreis Potsdam II der Deutsch-Demokratischen Partei hielt am Freitag in Berlin seinen außerordentlichen Parteitag ab. Die Politik der Minister Külz und Geßler wurde einer scharfen Kritik unterzogen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen das verfassungswidrige Schreiben des Reichspräsidenten, das ihn mitten in den Kampf der Parteien stellt, scharfer Protest erhoben. Weiter wird verlangt, daß die demokratische Reichstagsfraktion jede Regierung, in der die Deutschnationalen vertreten sind, aufs schärfste bekämpft. In einer zweiten Entschließung wird ein entschiedenes Abrücken der Partei von der Politik Dr. Geßlers verlangt.

Geßler einst und jetzt.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Am 29. März 1920 sprach ein republikanischer Minister folgende goldenen Worte über das Verhältnis der Reichswehr zur Republik:

„Wir werden unverzüglich darangehen müssen, die Reichswehr auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. Ich muß verlangen, daß sich alle Mitglieder der Reichswehr auch als Anhänger der Republik bekennen und betätigen. Ich werde dafür sorgen, daß der Ersatz der Führer in erster Linie aus den Kreisen genommen wird, die für Republik und Demokratie eingetreten sind, wenn sie sonst den dienstlichen Anforderungen genügen."

Kann man besser und präziser umreißen, was die Sozialdemokratische Partei, was mit ihr alle Republikaner gegenüber der Reichswehr wollen. Nun, der Mann, der diese Worte sprach, war — Herr Geßler!

Merkwürdige Bundesgenossen.

Die „Vossische Zeitung" teilt mit, daß gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, Genossen Künstler, von der Militärpolitischen Abteilung des Reichswehrministeriums bei dem Oberreichsanwalt die Einleitung eines Verfahrens wegen „Landesverrats" beantragt worden sei. Es handelt sich um die durch Künstler veröffentlichten Aussagen von zwei Arbeitern über die Herstellung von Giftgasen in Sowjetrußland durch die Gefu-Fabrik in Trozk. In dem Antrag an den Oberreichsanwalt soll darauf hingewiesen worden sein, daß eine Auflösung des Reichstages in Frage komme und in diesem Falle die Immunität des Abgeordneten Künstler kein Hindernis für seine Festnahme sei. (!)

Wenn diese Meldung richtig ist, so handelt es sich um eine Ungeheuerlichkeit, die schwerste innen- und außenpolitische Gefahren in sich schließt. Das Ausland ist durch die Veröffentlichungen im „Manchester Guardian" längst über alles unterrichtet, was es wünscht. Die sozialdemokratischen Veröffentlichungen hatten lediglich den Zweck, die Doppelzüngigkeit der russischen und der kommunistischen Politik zu kennzeichnen.

Das Reichswehrministerium mutet dem Oberreichsanwalt zu, zugunsten der kommunistischen Verlogenheit der sozialdemokratischen Kritik einen Maulkorb anzulegen. Landesverrat — gegen Sowjetrußland und Herrn Pieck? Reichswehrministerium, Oberreichsanwalt, russische Regierung und deutsche kommunistische Zentrale im Bunde? Die Sache verlangt Aufklärung.

*

Wir können dazu mitteilen, daß sich die „Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums" seit dem 12. Januar bei uns bemüht, Belastungsmaterial gegen unsere Redaktion zu erhalten, und daß Staatsanwalt oder Oberreichsanwalt die hiesige Kriminalpolizei mit dem Auftrag versehen haben, die „Volksblatt"-Nummern mit den betreffenden Veröffentlichungen zu erwerben.

Ein Mitglied des Dawes-Schiedsgerichts.

Das niederländische Mitglied des Dawes-Schiedsgerichtes im Haag Dr. A. G. Kröller hat nach einer Mitteilung in „Het Volk" augenscheinlich keine allzu saubere Weste. Er steht der Rotterdamer Bankvereinigung sehr nahe, gegen deren Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen im Jahre 1926 ein früherer Direktionssekretär der dieser Bank wiederum befreundeten Firma Müller & Co. eine schwer belastende Anklage einreichte. Noch bevor die Sache jedoch zur Verhandlung kam, wurde der Ankläger bestochen und im Auslande untergebracht, woran je ein höherer Angestellter der Firma Müller und der Rotterdamer Bankvereinigung beteiligt waren. Das Gericht stellte die Strafverfolgung ein, und sowohl Herr Dr. Kröller wie die Rotterdamer Bankvereinigung erklärten, als der Skandal ruchbar wurde, daß sie von dieser Bestechung nichts gewußt hätten. Sie hatten mithin weder gegen die Beseitigung des Anklägers noch gegen die Eskamotierung des Anklagematerials irgendwelche Bedenken. Um so mehr müsse es wundernehmen, daß Herr Dr. Kröller jetzt wieder international als ein Mann von Ansehen aufzutreten wage.

Ernst Zahn.

Zum 60. Geburtstag am 24. Januar.

Von **Kurt Offenburg.**

Ernst Zahn ist 1867 in Zürich geboren. Sein Vater war Gastwirt, der dem Sohne eine gute Schulbildung ermöglichte. Mit 17 Jahren wurde er Kellnerlehrling in der elterlichen Wirtschaft, dem Bahnhofsrestaurant zu Göschenen. Von dieser Zeit berichtet der Dichter in einer autobiographischen Skizze, daß es „wie ein Aufatmen der Erlösung durch das väterliche und großväterliche Haus" ging, als sein Vater die Bahnhofswirtschaft in Pacht erhielt; aber die ungewohnte Umgebung, die steilen Bergwände und nur ein Stück Himmel darüber, bedrückten den Jungen. Die Einsamkeit formt langsam den Geist, aber der Vater will keinen Träumer, hält den Sohn zu handgreiflicheren Pflichten als Reimereien an und schickt ihn in die Fremde. Genf, Genua, Hastings sind Stationen der Wanderschaft, die er als Kellnerlehrling und schließlich als Hotelsekretär verbringt. 1894 kehrt er nach Hause zurück, wird Mitinhaber der Wirtschaft und Mitglied des Göschener Gemeinderats. Von der Zeit, in der sein erster wesentlicher Roman reifte, bekennt Zahn: „Es entstand zunächst mein Roman „Erni Behaim." Ich hatte es mir zur Gewohnheit gemacht, mich täglich eine Stunde im Göschener Tal zu ergehen. Um jene Zeit las ich in alten Chroniken von Göschenens vergangenen Tagen, vom Wirtshaus am Wasen, wo die Pest gewütet, vom dunklen und mächtigen Bielwald, der einst das jetzt durch Lawinen und Menschenhände gerodete Tal bedeckte und den Weiler Abfrutt vom Dorfe Göschenen trennte. Vor meinen Blicken, während ich täglich einsam meine Gänge tat, wuchs eine versunkene Welt empor. Mit heißem Eifer ging ich an mein erstes umfangreiches Werk."

Fast jedes Jahr folgte ein neues Buch, Gutgewachsenes wechselt mit Mißlungenem; der Leserkreis erweitert sich, äußere Ehren (Präsident des Landrates von Uri, Dr. phil. h. c.) werden ihm zuteil; Dramatisches und Lyrisches wird geschaffen, findet aber nicht das gleiche Echo wie die Prosa. Trotz einer reichen schriftstellerischen Produktion führt er die Bahnhofswirtschaft am Gotthardt weiter: durchsetzt das poetische Schaffen mit einem tüchtigen Schuß Wirklichkeit.

*

Die Gestalten Zahns lassen sich in zwei Gruppen scheiden: in Willensstärke wie der Hofer in „Erni Behaim", den Lebensretter in dem Novellenband „Menschen" oder Verena Stadler in „Helden des Alltags". Schwächlinge wie die Trunksüchtige in „Erni Behaim", die lebenslustigen Mädchen in „Albin Indergand" oder schwankende Geistliche. Zwischenstufen fehlen, die Kontrastierung ist allzu hart, um noch wahr sein zu können. Den Bekennermut, die Eigenwilligkeit der Gestaltung und des Sehens, wie wir sie in „Einsamkeit" der dichterisch reifsten Leistung Zahns, finden, begegnet man nicht wieder so geschlossen in seinen späteren Büchern. So sind in „Lukas Hochstrassers Haus" Szenen von theatralischer Gewaltsamkeit, die die echten Stellen dieses Romans (der stofflich einer epischen Gestaltung wert ist) überdecken und nicht wirkungsvoll werden lassen. Ist in „Lukas Hochstrasser" das Erotische unerquicklich betont und breitgewalzt, ohne deshalb organisch, naturnotwendig zu wirken, so ist in „Die Liebe des Severin Imboden" das beziehungsreiche Sein zwischen den Geschlechtern nur angedeutet.

In allen Büchern Zahns ist ein erzieherisches Ethos spürbar: sowohl in den Helden der Geschichten wie in den Kämpfen, in die sie geraten und die sie zu bestehen haben, ist eine bewußte erzieherische Absicht eingebettet.

Wochenspielplan des Stadttheaters.

Heute, Sonnabend, „Der Kaufmann von Venedig"; Sonntag nachm. 3½ Uhr zum letzten Male „Rumpelstilzchen", abend 7½ Uhr „Paganini"; Montag „Kaufmann von Venedig"; Dienstag in neuer Einstudierung „Siegfried" (Anfang 7 Uhr). Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Band. Regie: Oberspielleiter Aug. W. Roesler. Siegfried: Kammersänger Rudolf Ritter a. G. Die übrigen Partien sind wie folgt besetzt: Wanderer: Kerzmann; Alberich: Böhmer; Mime: Kathammer; Fafner: Schütz; Brünhilde: Fiege; Erda: v. Barsy; Stimme des Waldvogels: Schwelle. — Die Orchesterbesetzung ist die von Richard Wagner vorgeschriebene Originalbesetzung mit den vier Ring-Tuben. — Mittwoch „Zauberflöte"; Donnerstag einmaliges Gastspiel von Leopoldine Konstantin mit eigenem Ensemble in „Die Tänzerin"; Komödie von Melchior Lengyel. Leopoldine Konstantin hat in diesem Stück besondere Gelegenheit, ihre eindringliche Gestaltungskraft und ihr hinreißendes Temperament zu zeigen. „Sie spielt", schreibt eine Berliner Kritik, „das Stück in Tanzposen und selbst ihr Organ läßt stets die Orchesterbegleitung, in der die Tänzerin lebt und atmet, ahnen". Freitag abend 7 Uhr „Siegfried"; Sonnabend „Kaufmann von Venedig".

Volksbühne. Als 6. Werk wird für die zweite Spielreihe gegeben: „Don Karlos" dramatisches Gedicht von Schiller. Spieltage: Sonnabend, 5. Februar, für Theatergemeinde G; am 12. Februar für H; am 14. Februar für J. Beginn: 7½ Uhr. Einlösung vom 22. Januar für G bis 1. Februar; für H bis 5. Febr., für J bis 7. Febr. In der ersten Spielreihe folgt als 6. Werk „Siegfried" von Richard Wagner, und zwar für Theatergemeinde A am 19. Februar; für B am 2. März. Beginn: 7½ Uhr. Einlösung vom 22. Januar für A bis 11. Februar; für B bis 16. Februar. Die Mitglieder der Theatergemeinde C werden gebeten, sich bis zum 11. Februar für den 19. Februar oder 2. März zu entscheiden. Die spätere „Siegfried"-Aufführung ist nur für die Teilnehmer am Ring-Zyklus. Am 26. Januar wird die „Zauberflöte" für J gegeben. (Beginn: 8 Uhr.) Zu dem Kulturfilm „Brasilienfahrt" durch Urwald und Wildnis Südamerikas am Montag, dem 24. Januar, 8¼ Uhr, im Thalia, erhalten unsere Mitglieder Vorzugskarten in der Geschäftsstelle. „Dover—Calais" am 28. Januar, 8 Uhr, Thalia, als 4. Kammerspiel. Für die Wiederholung der Komödie „Der Garten Eden" am 3. Februar, 8 Uhr, im Stadttheater, erhalten unsere Mitglieder Extrakarten ab Montag in unserer Geschäftsstelle. Die Robert-Franz-Singakademie veranstaltet ihr zweites großes Konzert am 31. Januar im Stadttheater. Unsere Mitglieder erhalten dazu Vorzugskarten nur in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Telephon 23479.

Hallesches Stadttheater.

„Der Garten Eden."

Komödie in vier Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Oesterreicher.

Das Ding fängt wie ein Kolportageroman an und endet wie eine Grotesk-Satire. Wollten die Verfasser die Courths-Mahler nachahmen oder wollten sie diese deutscheste aller Schriftstellerinnen persiflieren? Hier ist schwer zu entscheiden. Diesem Stück gegenüber fühlt man sich angewidert und versöhnt. Man flucht ihm, und man macht ihm Komplimente. Man liebt und haßt es. Man könnte über die unsäglichen Albernheiten, die es enthält, heulen und muß doch über gewisse Witze, Situationen und anderes mehr lachen. Es ist Material zur Vorstadtbühne und amerikanischer Film mit viel französischer Frechheit und deutscher Dämlichkeit. Ein unglaubliches Stück. Ein dreister Versuch, das Publikum zu ohrfeigen und zu streicheln. Ein Malheur für die Schauspieler und ein Bonheur für die Theaterkasse. Auf der Nachhausefahrt hörten wir eine Frau mit der sichtbaren Begabung zur Schwiegermutter zu ihren Nachbarn flüstern, daß sie, „wenn das so weitergegangen wäre wie im ersten Akt" (Vergewaltigungsversuch im chambre separée)), „nach Hause gegangen wäre". Nun, es ging so weiter, wenn auch in anderen Formen und in anderen Situationen. Aber geblieben sind sie alle, alle. Wer neugierig ist und über den Inhalt etwas erfahren will, der gehe mal nächstens ins Stadttheater. Vielleicht läßt Herr Dietrich die Preise um 50 Prozent nach, oder sagen wir 90, 95 Prozent. Schlagen wir meinetwegen einen Einheitspreis von 10 Pfennig für alle Plätze vor. Mehr ist das Ding nicht wert. Die Witze werden gratis zugegeben.

Wir würden uns riesig gern über die einzelnen Schauspielleistungen äußern, verzichten aber schon deswegen darauf, weil wir (im Vertrauen gesagt) zu den aufrichtigen Anhängern der Schauspielbühne und der Schauspielkunst gehören. So etwa wie: „Der Menschheit Würde ist in Deine Hand gegeben, bewahre sie . . " und Schluß Dein treuer Vater.

Sch.

Museumsdirektor Dr. Schardt sprach gestern im kleinen Rundsaal der Moritzburg über „Das Betrachten von Kunstwerken" an Hand einer Reihe sehr gut projizierter Lichtbilder. Das zahlreiche Auditorium spendete den weit ausgreifenden Darlegungen Dr. Schardts der das Wirken der Grundkräfte Lebensbejahung, Lebensverneinung und deren Resultante, die Lebensberuhigung zum Maßstab der Betrachtung machte, reichen Beifall.

Im Thalia-Theater wird das neue Lustspiel „Der Garten Eden" am Sonntagabend 7½ Uhr gegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0002
DFG

Deutscher Reichstag.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Berlin, 22. Januar. (Soz. Pressedienst.)

Dem Reichstag liegt nunmehr der seit Jahren im Reichstagsausschuß und in der Oeffentlichkeit umkämpfte Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur zweiten Beratung vor. (Wir kommen in der nächsten Frauenbeilage darauf zurück. — D. Red.) Die Aussprache im Plenum des Hauses wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses eröffnet. Er würdigte das Gesetz, soweit es medizinalpolitische Fortschritte enthält, zeigte dann aber die tieferen Ursachen des Problems der Geschlechtskrankheiten auf und faßte seine Meinung dahin zusammen, daß die beste Gesundheitspolitik zugleich Lohn- und Wohnpolitik sein müsse. Zum Beweise seiner Thesen trug er erschütternde Einzelfälle aus den Tiefen des Großstadtlebens vor. Er hätte gewiß mühelos aus den ländlichen Gebieten Deutschlands ähnliche Vorfälle anführen können. Die Debatte schleppte sich dann unter allgemeiner Unaufmerksamkeit stundenlang fort, da naturgemäß das Hauptinteresse des Hauses sich auf die Erörterung der hochgespannten Krise hindrängte. Für die Deutschnationalen sprach der medizinische Professor Spuler, der immerhin das Zugeständnis machte, es könne zwar Medizin studiert, nicht aber der ärztliche Beruf erlernt werden; die Vorbedingungen dazu müßten angeboren sein. Der Volksparteiler Bickens sprach sich für das Gesetz aus, ebenso der Wirtschaftsparteiler Petzold und der bayerische Volksparteiler Bayersdörffer, während der Völkische v. Ramin erklärte, daß seine Fraktion wahrscheinlich gegen das Gesetz stimmen werde, weil es zu viel Zwangsbestimmungen enthalte. Die Kommunistin Arendsee bezeichnete die Maßnahmen der russischen Sowjetregierung gegen die Geschlechtskrankheiten als vorbildlich. — Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung auf Sonnabend mittag 12 Uhr vertagt.

Sozialdemokratie und Finanzausgleich.

Am 20. Januar fand im Reichstage eine von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einberufene Konferenz mit Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und sozialdemokratischen Gemeindevertretern statt. Ihr Zweck war die Erörterung der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Sie wurde vom Genossen Keil geleitet, der darauf hinwies, daß sie die erste derartige Konferenz sei und ihr Verlauf bezeugen müsse, daß die gemeinsame Grundanschauung aller Beteiligten eine Verständigung leicht herbeiführen lasse.

An ein einleitendes Referat des Genossen Hertz, in dem sowohl die strittigen Fragen der Uebergangsregelung des Finanzausgleichs besprochen wurden, als auch die großen Streitfragen für die endgültige Regelung, schloß sich eine eingehende Aussprache. In ihr trat volle Uebereinstimmung in dem Bestreben hervor, eine gemeinsame Linie für die Stellungnahme zu den schwierigen Fragen des Finanzausgleichs zu finden. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß die Uebergangsregelung nicht, wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, auf ein Jahr, sondern auf zwei Jahre befristet werde. Auch müsse die Umsatzsteuergarantie für diese Zeit aufrechterhalten werden, da die versprochene Entlastung von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht in dem behaupteten Umfang zu erwarten sei. Der Fortfall der gemeindlichen Getränkesteuer und des Zuschlags zur Grunderwerbssteuer sei für Länder und Gemeinden finanziell unerträglich. Bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs sei **eine Vervollkommnung des Ueberweisungssystems, der Gewährung des Zuschlagsrechts zur Einkommen- und Körperschaftssteuer vorzuziehen.** Die in Aussicht stehende Neuregelung der Hauszinssteuer müsse eine Beseitigung der jetzigen Härten bringen, dürfe aber nicht zu einem Gesetz an die zahlungsfähigen entschuldeten Hausbesitzer werden.

Barmat-Prozeß.

Beamte als Zeugen.

Die Freitagsitzung des Barmat-Prozesses brachte die weitere Vernehmung hoher Beamter der Preußischen Staatsbank. Zunächst äußerte sich Geheimrat Kißler dahin, daß es Sache des Gefühls gewesen sei, welche Kredite von den Dezernenten in den Aufsichtsratssitzungen vorgetragen wurden. Die Sitzungen seien überlastet gewesen, und er habe selbst gebeten, das „kleine Zeug" nicht vorzutragen. Der jetzige Vizepräsident Brekenfeld äußerte sich dann über die Entwicklung der Barmat-Kredite. Noch im Dezember 1924 habe man an eine Gefährdung der Kredite nicht gedacht und Barmat nicht als faul betrachtet. Der Beschluß, die Kredite zu verringern, sei darauf zurückzuführen gewesen, daß die drei Kreditnehmer Barmat, Kutisker und Michael damals zusammen 35 Millionen Kredit hatten, während auch andere Kunden berücksichtigt werden sollten. Auf einen Einwand Dr. Hellwigs, daß die Generaldirektion noch nach dem 19. Mai eine Erhöhung der Kredite vorgenommen habe, räumte der Zeuge diese Möglichkeit ein. Gegen Dr. Hellwig habe kein Mißtrauen bestanden. Die empfehlende Auskunft über Barmat im September 1924 habe er, Brekenfeld, für zutreffend gehalten. Bankrat Schacke bekundete, daß ihm Hellwig, als er Bedenken gegen Barmat äußerte, erklärt habe: „Ein Großer ist mir lieber als viele Kleine". Dr. Hellwig habe ihm die Anerkennung als pikfein bezeichnet und erklärt, die Staatsbank wolle diesen Konzern in ihre Hände spielen.

Der Film von Liverpool

ratlosen Frauen und ihrem Bürgermeister.

In Liverpool wird in den nächsten Tagen ein ganz eigenartiges Schauspiel vor sich gehen: das Bild des ehemaligen Bürgermeisters soll öffentlich verbrannt werden. Diese mittelalterliche Form der Verbrennung in effigie ist jedoch nicht etwa ein Strafakt am dem sehr beliebten Stadtoberhaupt, sondern eine von ihm selbst gewollte Veranstaltung. Und das kam so: Nach dem Abgang des Bürgermeisters Holdsworth hatte sich in Liverpool ein Frauenkomitee gegründet, das seinem Bedauern über das Scheiden des Bürgermeisters und dem Dank der Bevölkerung durch die Anfertigung eines Porträts des Bürgermeisters Ausdruck geben wollte. Der Auftrag wurde einem bekannten englischen Maler namens Berrie erteilt; inzwischen begann man, das Geld für das Bild, 100 Guineas, durch eine Sammlung aufzubringen. Aber entweder war die Begeisterung der Bevölkerung nicht so groß oder das Geld nicht so flüssig, kurz und gut, das Frauenkomitee war nicht imstande, mehr als 50 Guineas zusammenzubekommen. Man fing an, mit dem Künstler zu handeln, der jedoch behauptete, daß dies gegen seine Berufsehre gehe, und daß er das Frauenkomitee als Auftraggeber verklagen würde, wenn er nicht sofort die Summe von 100 Guineas erhielte. In seiner Verlegenheit wandte sich das Frauenkomitee an den zu ehrenden Bürgermeister und fragte ihn, ob er nicht bereit sei, sich an den Kosten seines Bildes zu beteiligen. Den guten Mann verspeiste dies Ansinnen jedoch in ungeheure Wut. Er erklärte, er werde das Bild unter keinen Umständen annehmen; es sei ihm lieber, wenn es öffentlich verbrannt würde. Diese temperamentvolle Aeußerung sollte keine leere Drohung bleiben, denn wir leben im Zeitalter des Films, in dem kein Bürgermeister ungestraft drohen kann und in dem es keine unmöglichen Dinge gibt. Eine geschäftstüchtige Filmgesellschaft hörte von der Sache und bot dem gewesenen Bürgermeister an, sein Bild anzukaufen, um es öffentlich verbrennen zu lassen, und zwar unter der Bedingung, daß der Verbrennung ein öffentlicher Aufzug mit Musik vorausginge und die ganze Zeremonie im Film aufgenommen würde. Der Bürgermeister ging sofort auf diesen Vorschlag ein, aber bevor er noch mit der Firma abgeschlossen hatte, meldete sich ein Konkurrenzunternehmen, das ihm noch bessere Bedingungen, das heißt einen größeren Aufwand und eine eindrucksvollere Ausstattung der ganzen Veranstaltung versprach. Der Bürgermeister verhandelt noch mit den beiden sich gegenseitig überbietenden Firmen. Wenn er zu einem Abschluß gelangt sein wird, soll die Verbrennung vor sich gehen. Die geizige Stadt Liverpool, das voreilige Frauenkomitee und der unzugängliche Maler werden ein für allemal einen Denkzettel bekommen, und Mr. Holdsworth wird eine größere Popularität erlangen, als wenn sein Bild brav und ordentlich abgeliefert und im Rathaus aufgehängt worden wäre.

Ein Berliner Stadtoberinspektor verhaftet.

Der beim Berliner Bezirksamt Prenzlauer Berg angestellte Stadtoberinspektor Wachsmut ist am Freitag verhaftet worden, nachdem ihm **Unterschlagungen von über 20 000 Mark nachgewiesen worden sind.** Wachsmut ist seit mehr als 30 Jahren Beamter der Berliner Stadtverwaltung. In seiner außerdienstlichen Tätigkeit war er Wohlfahrtsvorsteher. Als solcher hatte er über beträchtliche Summen als Unterstützungsgelder zu verfügen. Bei dieser ehrenamtlichen Tätigkeit hat Wachsmut **Unterschlagungen begangen, die bis in die Vorkriegsjahre zurückreichen. Der ungetreue Beamte hat Personen in die Listen aufgenommen, die gar nicht vorhanden sind. Er quittierte mit falschem Namen für die Unterstützungsbeträge und steckte die Summen in die eigene Tasche. Um seine Veruntreuungen zu verschleiern, hat er in vielen Fällen, wo tatsächliche Bedürftigkeit vorlag, die Unterstützung abgelehnt.**

Der Untermieter im Sarg.

Die Nachricht, daß für den verstorbenen Mikado fünf Särge zur Verfügung stehen, wenn er seine letzte Fahrt antritt, veranlaßt einen englischen Missionar, der viele Jahre in China gelebt hat, in einem Londoner Blatt eine seltsame, selbsterlebte Geschichte aus dem Reich der Mitte zu erzählen. Er war eines Tages mit einem Chinesen in Verhandlungen über die Pacht eines Hauses eingetreten, das er zu beziehen gedachte. Dabei stellte der Besitzer die Bedingung, daß ein Sarg, der im Wohnzimmer stand, an seinem Platz verbleiben müsse. Der Missionar zögerte nicht, diese Vertragsklausel anzunehmen, da er sich überzeugen konnte, daß der mit reichen Schnitzereien geschmückte und kunstvoll gearbeitete Sarg ein wahres Meisterwerk von Künstlerhand darstellte. Fünf Jahre lang stand das merkwürdige Möbel an seinem Platz, bis der Missionar eines Tages ganz zufällig entdeckte, daß der Sarg nicht, wie er geglaubt hatte, leer war, sondern die Reste des Großvaters des Vermieters enthielt, die sich der Enkel als treuer Verehrer seiner Ahnen zu entfernen gescheut hatte. Der Missionar war nicht wenig erstaunt, als er feststellen mußte, daß er fünf Jahre hindurch ein Skelett als Untermieter beherbergt hatte, ohne es zu wissen.

Der Niederländische Arbeiter-Sängerbund begeht in diesem Jahre die Feier seines 30jährigen Bestehens. Aus diesem Grunde soll eine Anzahl Sängerfeste in verschiedenen Teilen des Landes stattfinden. Den Höhepunkt des Jubiläums wird eine Arbeitersängerkundgebung in Amsterdam bilden.

Die Heiratsaussicht der deutschen Frau

Eine starke Verschlechterung nach dem Kriege.

Das Ergebnis der Volkszählung, soweit es bis jetzt vorliegt, gewährt auch einen Einblick in die Heiratsaussichten der deutschen Frau von heute. Die Volkszählung bestätigt, daß, mit Ausnahme Anhalts, in allen deutschen Ländern nach dem Kriege eine starke Verschlechterung der Heiratsaussichten der Frauen zu verzeichnen ist. Vor dem Kriege waren die Aussichten der ledigen Frau im Alter von 18 bis 46 Jahren, einen Mann im Alter von 20 bis 50 Jahren heiraten zu können, direkt als günstig zu bezeichnen in den Ländern Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen und Baden. In diesen Ländern überwog die Zahl der heiratsfähigen Männer die der Frauen. Der Umschwung ist am stärksten in Baden in Erscheinung getreten. 1910 konnte in Baden jeder 50. Mann keine Frau bekommen, im Jahre 1925 fand bereits jede 4. Frau keinen Mann. Eine Besserung der Verhältnisse zugunsten der Frau ist lediglich in Anhalt zu verzeichnen.

Die schlechten Heiratsaussichten der Frau springen noch mehr in die Augen, wenn man eine Gliederung in jüngeres, mittleres und vorgeschrittenes Alter vornimmt. Die Heiratsaussichten der jüngeren Frau bis zum Alter von 23 Jahren sind etwas schlechter als vor dem Kriege, aber immer noch verhältnismäßig ziemlich günstig. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse bei den Frauen im mittleren Alter zwischen 23 und 37 Jahren. Hier machen sich die Kriegsverluste unter den Männern von 25 bis 40 Jahren stark bemerkbar. Während z. B. in Hamburg 1910 auf jeden vierten Mann in diesem Alter keine Frau oder in Bayern erst auf jede 57. Frau kein Mann trafen, ist heute etwa jede 3. bis 4. Frau der mittleren Altersklasse von vornherein zum Verzicht auf die Ehe verurteilt.

Zeitungen auf Strohpapier.

Wie der „Popolo di Roma" ankündigt, wird eine demnächst erscheinende Nummer der Zeitung auf einem Strohpapier gedruckt werden, das in italienischen Fabriken nach einem besonderen Verfahren hergestellt wird. Wie das Blatt hervorhebt, besitzt das neue Papier Eigenschaften, die ihm in gewisser Hinsicht den Vorrang vor dem bisher zum Zeitungsdruck verwandten sichern. Dabei hat es noch den Vorzug, wesentlich billiger zu sein. „Die italienischen Zeitungen", so schreibt das Blatt, „haben sich bemüht, eine angemessene Verbilligung der Zeitungspapierpreise durchzusetzen. Statt dessen haben die Papierfabriken ihre Forderungen ohne jeden Grund weiter erhöht. Sie arbeiten eben nach veralteten Methoden, die die Preise verteuern und die Zeitungen zwingen, den Rohstoff vom Ausland zu beziehen, wobei die Valutaschwankungen eine zuverlässige Kalkulation unmöglich machen."

Technik und Landwirtschaft.

Eine neue wirksame Art zur Schädlingsbekämpfung.

Die Preußischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten zu Landsberg an der Warthe haben einen neuartigen Zerstäuberapparat zur Schädlingsbekämpfung konstruiert. Die Apparate sollen sich in der Praxis sehr gut bewährt haben. Unser Bild veranschaulicht die Schädlingsbekämpfung auf Bäumen mit dem neuen Zerstäuberapparat.

Der Klügere gibt nach..

Genug der trennenden Worte!
Sind noch Massary-Zigaretten da?
Dann wird bald alles wieder gut sein.
Denn die Massary-Zigarette in ihrer besänftigenden Milde und bezaubernden Duftköstlichkeit überbrückt rasch jede Mißstimmung.
Massary rauchen – Massary reichen: welch kluge und zugleich charmante Art des Nachgebens!

Urteilen Sie selbst!

Massary-Perle 4 GOLD- u. PURPURMUNDST. | Massary-Delft 5 GOLD- u. TÜRKISMUNDST. | Massary-Ritter 6 GOLD- u. SEIDENMUNDST.

Massary Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft, Berlin S. 42.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Dorz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SJ. Sonntag 2 Uhr Treffen an der Moritzburgbrücke. Bei schlechtem Wetter im Heim. Abends 7 Uhr Zusammenkunft im Heim. „Die deutsche Sprache von den Alpen bis zur See". Mit heiterem Schritt, im Wort und Lied, durch deutsches Sprachgebiet. Alles pünktlich erscheinen! Musikinstrumente mitbringen!

Aus dem Bezirk

Könern. Sonnabend, den 22. Januar, pünktlich 8 Uhr, im „Bürgergarten (Vereinszimmer) Jahres-Hauptversammlung des Ortsvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. — 2. Aussprache. — 3. Entlastung. 4. Wahlen. — 5. Anträge. — 6. Verschiedenes. Außerdem ist der neue Unterbezirkssekretär Gen. Petsch anwesend. Der Wichtigkeit wegen bitten wir um vollzähliges Erscheinen.

Hettstedt. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8½ Uhr, im „Stern" Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäftsbericht, Vorstandswahl und Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Eilenerda. Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 Uhr, bei L. Dietrich in Eilenerda Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Vortrag über die politische Lage. 4. Wahl der Teilnehmer zur Unterbezirkskonferenz. 5. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch können Gäste eingeführt werden. Der Vorstand.

Nietleben. Sonnabend, den 22. Januar, abds. 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne" Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Vorstandes sowie des Delegierten zur Unterbezirkskonferenz. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Brachstedt. Zu unserer am Sonnabend im Versammlung, in welcher Genosse Reichstagsabgeordneter Peters (Halle) spricht, sind alle Mitglieder sowie Freunde und Gönner der Partei freundlichst eingeladen.

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt. Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian" Wiederbeginn der Lehrabende. — Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr Nähstunde. Zu beiden Veranstaltungen bitten wir um rege Beteiligung.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Am 29. und 30. Januar wird eine Anzahl Quartiere für möglichst je 2 Personen (ein Kriegsbeschädigter und Führer) benötigt. Baldige Bezeichnung der Quartiere an die Leitung erforderlich.

Jungreichsbanner. Aktive Abteilung Sonntag, den 23. Januar, morgens 7½ Uhr, Antreten auf dem Hallmarkt. Der Jugendleiter.

Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr pünktlich im „Volkspark" Generalversammlung der Ortsgruppe Halle. Fahnen, Spielleute zur Stelle. Uniformierte in Bundeskleidung. Erscheinen aller Kameraden Pflicht. Der Vorstand.

Ortsgruppe Eisleben. Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in der Turnhalle d. Mädchenvolksschule 4. Staatsbürgerlicher Bildungsabend des Jungreichsbanners. Herr Lehrer Schumann (Helbra) wird das Thema: „Von Versailles über London bis Genf" behandeln. Das Erscheinen aller Kameraden wird zur Pflicht gemacht. Der Vorstand.

Ortsgruppe Mücheln, Beundorf und Neumark. Sonntag, den 23. Januar, nachm. 3½ Uhr, in Beundorf: Gemeinsame Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle Kameraden erwartet. Um 3 Uhr Abfahrt der Kameraden von Mücheln. 353

Ortsgruppe Helbra. Sonntag, den 23. Jan., nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal (B. Sauerzapfe) Generalversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist es Pflicht aller Kameraden, zu erscheinen.

Sonstige Vereine

Wir machen die verehrlichen Vereine und Organisationen darauf aufmerksam, daß der Vereinskalender nur zu den Zwecken benutzt werden kann, wozu er geschaffen ist, nämlich zur Veröffentlichung von Sitzungen, Versammlungen u. organisatorischen Fragen. Tagesgen müssen Veröffentlichungen von Festlichkeiten als Inserat aufgegeben werden.

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold"
Ortsgruppe Sangerhausen

Am **Sonntag,** dem **23. Januar,** abends 8 Uhr, findet im „Herrnkrug" ein 355

Unterhaltungsabend mit Tanz

statt, wozu die Kameraden mit ihren Angehörigen besonders eingeladen werden.

Der Vorstand.

Walter König
Große Klausstraße 27
empfiehlt
Zigarren und Zigaretten
in jeder Preislage 147

„Volksblatt"
Moden-Zeitungen
im Abonnement und einzeln
Buchhandlung

Stadt-Theater
Heute 383
Sonnabend 8 Uhr:
Der Kaufmann v. Venedig.
Sonntag 3½ Uhr:
Rumpelstilzchen
Abends 7½ Uhr:
Paganini

Thalia-Theater
Sonntag 7½ Uhr:
Der Garten Eden

Walhalla
Telephon 28385
Lfg.: Curt Elfers
8 Uhr 8 Uhr
Täglich
Sensation von Halle
Die große Revue
Die Bunte Tüte
Ein bunter Reigen vom Frühling u. der Liebe in 16 lustigen Bildern
Musik von Viktor Corzilius
Berliner Originalbesetzung
Das große Ballett
u. a. Die Wundertüte (Tägl. Verteilung von ca. 20 Pfd. Pralinen)
40 Mitwirkende
300 Kostüme
Trotz enormer Unkosten gewöhnliche Preise von 60 Pfg. bis 4,00 Mk.
Kasse ab 11 Uhr ununterbrochen 396

C.T

Am Riebeckplatz
Ein köstlicher Film
Ein voller, ein ganz großer Erfolg
Der
lachende Ehemann
Die verfilmte, entzückende und beliebte Operette von Edmund Eysler.
Ein Brillantfeuerwerk, witzig, launig, von sprühendem Geist u. Temperament
Moussierend, prickelnd, macht frohgelaunt u. heiter wie köstlichster Sekt
Die schönsten Menschen d. deutschen Filmbühne in den Hauptrollen:
Livio Pavanelli, Vivian Gibson, Charlotte Ander
Carl Auen.
Ferner unsere Besten des deutschen Humors:
Paul Heidemann
Hermann Picha
Die Herzen klopfen! Die Augen blitzen
Halle freut sich! Ganz Halle lacht!
Hierzu: Der ausgezeichnete bunte Filmteil!
Auf der Bühne: Hilde und Serra
Musikalischer Exzentrik-Akt
in höchster Vollendung.
Verstärktes Orchester!
Anfang:
Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Gr. Ulrichstr. 51
Freudige, strahlende Gesichter
und ein ausverkauftes Haus bringt
Lil Dagover
Deutschlands schönster und beliebtester Filmstar in dem Schweden-Großfilm:
Nur eine Tänzerin!
Ein Filmschauspiel von Liebe und Entsagung nach Olaf Morel-Molander.
Die größten Kanonen deutscher und schwedischer Bühnen kreieren die Hauptrollen:
Uno Henning, Ivan Hedquist, Karin Svanström, Harry Holm, Lucie Höflich, Nils Abrén, Walter Janssen, Jakob Tiedtke
— Ueber allen steht —
Lil Dagover
Ihre reife Schönheit, ihre herrlichen Toiletten, die Herbheit ihrer Figur reißen den Zuschauer mit. Sie zeigt ihre Mimik nicht nur in der Ausdrucksfähigkeit ihres Gesichts, sie spielt mit dem ganzen Körper, sie spielt mit ihren herrlichen Händen u. ihren wundervollen Beinen
Alles in allem ein Filmwerk, das der gefeierten Künstlerin Gelegenheit gibt, ihr reifes Können voll und ganz zu entfalten, voll Schönheit, Phantasie und dramatischer Kraft.
Hierzu: Ein mit aller Sorgfalt zusammengestellter bunter Filmteil
Anfang: 387
Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Es liegt am Tabak!

Wir haben unablässig Jahre hindurch an der Vervollkommnung unseres Tabakeinkaufs gearbeitet. Heute haben Sie den Vorteil davon, weil wir günstiger einkaufen als Andere.

Halpaus Mocca
Die besonders gute, daher besonders preiswerte Cigarette.

Damen-Taschen
Ia Leder
sehr billig 156
Hugo Krasemann
nur Schmeerstr. 19
Lederwaren-Haus.

Friseurgehilfe
sofort gesucht
Herm. Beyer, Albrechtstr. 16.

Mohn
stets frisch gemahlen
Back-Artikel
F. Beerholdt
Inh. Ernst Biehmeg
Bechershof 8 (Markt).

Wer
nicht in unserer Zeitung inseriert,
verzichtet auf die Kundschaft
ihres Leserkreises!
Von diesem Gesichtspunkte sollten sich unsere Genossen und Genossinnen bei Einkäufen stets leiten lassen und nur unsere gegenwärtigen Inserenten berücksichtigen
Unterstützt eure Presse!

„Bajazzo"
der Koffer-Jazz-Apparat
Zum Karneval
für Vereine, Familien, Cafés, Ball-Lokale
Preis RM. 30.–
Man verlange
Jazz-Prospekt 127
Auch gegen Teilzahlungen!
Georg Bernhardt, Leipzig C 1

20.00 Mark
kostet auf Teilzahlg.
1 Volks-Badewanne
G. Brose,
Gr. Sandberg 8

Modernes Theater
Direktion Fernsprecher
Erich Guttstadt
u. der einzigartige
Varieté-Spielplan
Sonntag:
4-Uhr-Tee.
Nach d. Vorstellung
Tanz-Abend.

Rakete
Neues glänzendes Programm !!
Sonnabend
Hausball
Ende 4 Uhr
Sonntag
4-Uhr-Tee.

Backartikel
und sonstige 8204
Kolonialwaren
sehr preiswert
Edmund Sorg,
Hermannstr. 7.

Portemonnaies
In Leder
sehr billig
Hugo Krasemann
nur 275
Schmeerstraße 19
Lederwaren-Haus.

Reellste u. billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern
wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen doppelt gereinigt Pfd. 2,50 Mk., bessere 3 Mk., sehr zarte 3,50 Mk., ff. Federn (Halbdaune) 5 Mk., sehr zarte 6 Mk., Edel ¾ Daunen 6,50, Ia 7,50 Mk., gereinigte gerissene Federn mit Daunen 4 Mk. u. 5 Mk., hochprima 5,75 Mk., Ia 6,25 Mk., allerfeinste 7,25 Mk. und 8,25 Mk., Ia Vollbaunen 8,75 Mk. und 10 Mk. Für reelle staubfreie Ware Garantie. Versand gegen Nachnahme ab 5 Pfd. portofrei und nehme was nicht gefällt auf meine Kosten zurück.
Rudolf Gielisch
Neutrebbin 116, Oderbruch
Gänsemästerei. 149

Zoologischer Garten
Sonntag, den 23. Januar, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr:
Konzerte
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung Benno Platz.
Mittwoch, den 26. Januar: Gesellschaftsabend.
Donnerstag, den 27. Januar:
13. Symphonie-Konzert
(verstärktes Orchester)
Smetana: „Mein Vaterland"; Wagner: Ouv. und Bacchanale a. d. Oper „Tannhäuser"; Rich. Strauß: „Tod u. Verklärung" 392

Volkspark
Telephon 21107 und 29025
Heute und morgen:
Gr. Bockbierfest
Im großen Saal:
Erster gr. Maskenball
Morgen Sonntag:
Konzert :: Ball
Speisen u. Getränke preiswert u. gut 385

Restaurant und Café „Zur Salzquelle"
Graseweg 15
Sonntag Bockbier-Rummel
mit Kappen
Es laden ein 380
J. Schustack u. Frau.

Drei-König-Betriebe
Drei Könige :: Rakete
Erdener Treppchen
Montag:
Schlachtefest!
Es ladet freundlichst ein 391
J. Streicher

FRUCHTWEINE
Das Beste vom Besten
Das Vorteilhafteste zu häuslichen Feiern 278
Ueberall zu haben, wo meine Plakate aushängen, oder direkt ab Kelterei
W. TREBSTEIN
Gutenberg ◆ Gegr. 1894

Vergebung
der Neupflasterung der Straßenkreuzung Herrenstraße — Moritzzwinger am **Freitag, dem 28. Januar, vormittags 10 Uhr,** im Magistratsbüro 1, Zimmer 23 des Waggebäudes. Verdingungsunterlagen sind daselbst gegen Zahlung von 2,— RM. zu haben.
Halle, den 21. Januar 1927.
389 Städtisches Tiefbauamt.

Das **beste Stärkungs- und Erfrischungsmittel** bei der Arbeit und für den Werktätigen am Schreibtisch und Schraubstock ist die unter ständiger ärztlicher und tierärztlicher Kontrolle gewonnene
Flaschenmilch
aus dem Gesundheitsstall des Gutsbesitzers Rudolf Müller, Neumark, Bezirk Halle a. S.
In **Merseburg und Leuna-Dorf** Lieferung durch Auto frei Wohnung. ¼-Liter-Trinkfläschchen erhältlich in der Engelschen Trinkhalle, Weißenfelser Str.
251
Hochachtungsvoll
Rudolf Müller

Vom Montag, dem 24. Januar 1927, an werden zur Bedienung des Arbeiterverkehrs mit Leuna folgende Züge zwischen Eisleben und Halle neu vorgesehen:

Täglich	Werktags				Sonntags	Werktags	Werktags
345	1138	ab	Eisleben	an	831	840	419
351	1144		Helfta	ab	824	833	412
358	1151		Erdeborn		814	823	402
404	1157		Oberröblingen (See)		808	817	356
412	1205		Wansleben		759	808	347
418	1211		Teutschenthal		753	802	341
423	1216		Eisdorf		748	757	336
430	1223		Zscherben		740	749	328
436	1229		Schlettau		734	743	322
447	1240	an	Halle		722	731	310

Die neuen Züge haben in Halle unmittelbaren Anschluß nach und von Leuna und führen die 3. und 4. Wagenklasse. 382
Reichsbahndirektion Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Januar 1927.

Eßt Seefische!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Seefischkonsum in Deutschland bei weitem nicht so groß ist, wie in anderen Ländern, namentlich England. Je weiter man ins Binnenland kommt um so weniger wird dem Seefisch Beachtung geschenkt. Und doch ist das nicht nur vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt betrachtet, ein Nachteil. Volkswirtschaftlich: Weil Seefische sehr billig sind und von deutschen Schiffen gefangen werden, eine Einfuhr aus dem Auslande also nicht notwendig ist. Würden mehr Seefische gegessen, könnte manche Mark gespart werden, für die jetzt andere Lebensmittel aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Gesundheitlich: Es gibt nichts leichter Verdauliches als Seefische. Dazu sind Seefische infolge ihres Phosphorgehalts für die Erneuerung der Gehirnsubstanz, also gerade für die Ernährung in unserer warenverbrauchenden Zeit, überaus wertvoll.

Diesen Erwägungen folgend, entfaltet jetzt die deutsche Seefischerei mit staatlicher Unterstützung (Preußen hat in Geestemünde-Wesermünde den größten Fischereihafen des Kontinents) überall eine starke Propaganda für die Seefischnahrung. Sie stieß bisher noch auf Schwierigkeiten, da es an geeigneten Zubereitungsmethoden und vor allem an Lokalen fehlte, die Seefische in einwandfreier Weise ihren Gästen vorsetzten. Durch ein neues Bratverfahren unter Verwendung besonderen Oels in besonders konstruierten Oefen ist es jetzt aber möglich, Seefische in bekömmlicher und außerordentlich wohlschmeckender Zubereitung vorzusetzen. Nach diesem neuen Verfahren hatte vor kurzem schon eine der bekanntesten Seefischerei-Gesellschaften in Halle eine Fischbackstube eingerichtet, die sich bald starker Beliebtheit erfreute.

Mit dem gestrigen Tage besitzt Halle nun auch das erste Seefisch-Speiserestaurant. Es ist von Herrn Richard Enke in dem, bisher anderen Zwecken dienenden Lokale Alte Promenade 11 (im Volksmunde als „Bratwurstglöckle" bekannt) errichtet worden. Das neue Unternehmen dürfte sicherlich bald gut eingeführt sein, denn etwas Derartiges war noch nicht vorhanden. Besonders für die minderbemittelte Bevölkerung bietet sich hier im Zentrum der Stadt eine Speisestätte, die Billigkeit und Güte auf sich vereinigt.

Mitteleuropa weiterhin mild.

Das Wetter der nächsten Woche.

(Bericht der Meteorologischen Korrespondenz.)

Auch diesmal hat sich die alte Erfahrung, daß die dritte Januarwoche häufig einen Einbruch strenger Winterkälte bringt, bewahrheitet. Nur hat man im allergrößten Teil Mitteleuropas davon nichts bemerkt, weil die Kälte auf den Osten des Erdteils beschränkt blieb. So sind auch in Deutschland lediglich diejenigen östlichen Grenzgebiete von der Kälte berührt worden, die, wie vor allem Ostpreußen, klimatisch im Winter stark von den Ausstrahlungen des sarmatischen Steppenklimas beeinflußt werden. Etwas strenger mit Temperaturen bis zu etwa 10 Grad Kälte waren in der zweiten Wochenhälfte die Fröste auch nur östlich der Weichsel; bis zur Oder hielt sich die Kälte in mäßigen Grenzen, oder es kamen nur Nachtfröste vor, was auch in einem Teil von Süd- und Westdeutschland, jedoch nur in ganz geringem Ausmaß, der Fall war. Doch auch hier lagen die Tagestemperaturen allenthalben beträchtlich über dem Gefrierpunkt, nachdem in den ersten Hälfte der Woche die Höchstwerte vielfach 6 bis 8 Grad Wärme betrugen und die Tagesmittelwerte um 4 bis 6 Grad über den normalen Temperaturen gelegen hatten.

Nachdem auch schon die beiden ersten Januarwochen sehr beträchtliche Wärmeüberschüsse gebracht hatten, wird, sofern nicht noch ein grundlegender Umschwung eintreten sollte, der erste Monat des Jahres 1927 schon wieder eine den Normalwert sehr bedeutend überschreitende Durchschnittstemperatur aufweisen. Durch die von Osten und Südosten zu uns fließende Kaltluft werden die Temperaturen zunächst ziemlich niedrig bleiben und den Gefrierpunkt nicht wesentlich übersteigen. Auch werden in den östlichen Landesteilen die Niederschläge vielfach in Form von Schnee fallen. Für die Ausbreitung des winterlichen Hochdruckwetters auf ganz Mitteleuropa besteht jedenfalls auch jetzt nur sehr wenig Aussicht.

Wehrstand und Nährstand.

Landwirtschaftliche Woche! Alle Jahre im Monat Januar, um den Tag der Kaiserkrönung herum, „tagt" der Landbund in Halle. Die Delegierten, Landwirte aller Größen, strömen dann, vielfach mit ihren prozig gekleideten Damen, in dem sonst so geschmähten Saalebadel zusammen. Ein hübsches Geschäft für die Gastwirte, Kaberetts, Theater, Kinos und die sonstigen Stätten der Lust. Denn wenn der „Bauer" nach der Stadt kommt, möcht' er den Genießer spielen. Man kann doch nicht das ganze Jahr hindurch über die große Not klagen; einmal wenigstens muß doch eine Pause in dem ewigen Wehklagen gemacht werden.

Die Landleute sind aber nicht nur im „Walhalla" eifrig tätig, nein, sie hören auch große Reden ihrer — natürlich — großen Führer. Und wie wird da geredet! Nicht nur laut, sondern auch kräftig gewürzt. Thema: Hinein in den (bislang mit allen Mitteln bekämpften) Staat! Es lebe der Nährstand und der Wehrstand! In Ermangelung einer Garnison in Halle kam der Wehrstand auf den Paradeveranstaltungen nicht selbst zu Wort, aber in der gleich in der ersten Sitzung angenommenen Entschließung und auch in der Hauptrede wurde seiner gedacht: „Erhaltung der Reichswehr als unpolitisches Machtinstrument" — des Staates natürlich, nicht etwa der machtlüsternen Landjunker. Vielleicht ist es auch manchem kleinen Bauer nicht zum Schaden, ihm einmal vorzuhalten, was Schiller in seinem „Wallenstein" über diese Beziehungen zwischen Nährstand und Wehrstand sagt:

Wallensteins Lager, 11. Auftritt. Erster Kürassier zum Scharfschütz: „Wie? Du bist ein Friedländischer Mann, kannst dich so wegwerfen und blamieren, mit einem Bauer kein Glück probieren?"

Und im selben Auftritt, erster Arkebusier: „Wer ist schuld, als wir Soldaten, daß der Nährstand in Schimpf geraten? Der leidige Krieg und die Not, nur Plag' in die sechzehn Jahr schon währen mag."

Sie dies die „engen Beziehungen", oder sind es die in „Piccolomini", 1. Akt. 2. Auftritt:

Questenberg: „Wenn es nicht bloß ein Elend mit dem andern vertauscht soll haben, muß das arme Land von Freund und Feindes Geißel gleich befreit sein."

Illo: „Ei was, es war ein gutes Jahr, der Bauer kann schon wieder geben."

Questenberg: „Ja, wenn sie von Herden und Weideplätzen reden, Herr Feldmarschall —"

Isolani: „Der Krieg ernährt den Krieg. Geh'n Bauern drauf, ei, so gewinnt der Kaiser mehr Soldaten."

Questenberg: „Und wird um so viel Untertanen ärmer!"

Isolani: „Pah, seine Untertanen sind wir alle!"

Questenberg: „Mit Unterschied, Herr Graf! Die einen füllen mit nützlicher Geschäftigkeit den Beutel, und andre wissen ihn nur brav zu leeren. Der Degen hat den Kaiser arm gemacht; der Pflug ist's, der ihn wieder stärken muß." —

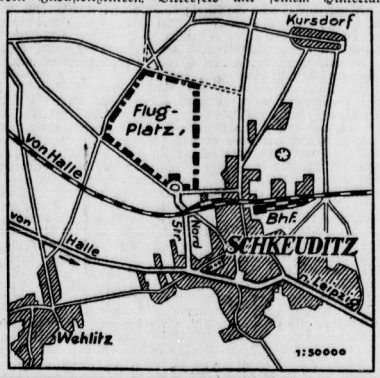
Bei uns in Deutschland hat zwar „der Degen nicht den Kaiser arm gemacht", wohl aber das arbeitende Volk und die schwächsten Teile des Nährstandes. Statt daß der Nährstand nun dem Wehrstand scharf auf die Finger achtet, läßt er sich von den gerissenen Drahtziehern an Gängelbande führen. Hoffentlich kommt der kleine Bauer, der heute noch hinter dem Herrn Grafen schweifwedelnd einherläuft, zur Erkenntnis — ehe es zu spät ist!

Im Zeichen des Verkehrs.

Der mitteldeutsche Großflughafen Halle—Schkeuditz ist, verkehrstechnisch betrachtet, der fast mathematische Mittelpunkt der Industriezentren Bitterfeld, Halle, Merseburg (Leuna-Geiseltal) und Leipzig.

Ein Blick auf die Verkehrsverbindungen zwischen dem Flughafen und den erwähnten vier Industriezentren läßt ohne weiteres seine gute Lage zu den beiden Großstädten an Eisenbahn und Landstraße erkennen, wobei zugunsten Leipzigs zu bemerken ist, daß der Flughafen nur 14 Kilometer von der Stadtmitte entfernt (von Halle 21 Kilometer) und außerdem mit ihr durch eine elektrische Bahn verbunden ist.

Weniger günstig liegen die Verkehrsverhältnisse der beiden anderen Industriezentren, Bitterfeld mit seinem Hinterland Wittenberg, Dessau und Merseburg mit Leuna, Geiseltal, zum Flughafen.



Für Bitterfeld kommt als Eisenbahnverbindung in erster Linie diejenige über Halle in Betracht, denn trotz fast gleicher Kilometerzahl fallen für einer Verbindung über Leipzig die Schwierigkeiten und Verzögerungen, die durch den Kopfbahnhof bedingt sind, ins Gewicht. Sollte einmal das Autostreckenprojekt Berlin—München Verwirklichung finden, so wird diese Straße wohl kaum an dem mitteldeutschen Großflughafen vorbeiführen können und wird dann eine unmittelbare Verbindung zwischen ihm und Bitterfeld darstellen.

Mehr noch muß den Industrien um Merseburg, Leuna und Geiseltal angesichts der schon fast katastrophalen Ueberlastung der Eisenbahnstrecke Halle—Weißenfels an einer unmittelbaren Verbindung mit dem Flughafen gelegen sein. Der Ansatz für eine solche ist in der Bahn Merseburg—Rössen, mit ihrer projektierten Fortsetzung nach Zöschen bereits gegeben. Das alte Bahnprojekt Zöschen—Schkeuditz gewinnt durch den mitteldeutschen Großflughafen neue Bedeutung und wird gleichzeitig den Merseburger Wünschen nach einer direkten Verbindung mit Leipzig gerecht.

Erwerb von Bauland für den Flugplatz.

Um das für den Flugplatz benötigte Gelände abzurunden, hat sich die Stadt Halle an den Provinzialverband von Sachsen gewandt mit dem Ersuchen, ihr ein 11,1 Hektar großes Stück Ackerland, zum Gutsbetrieb Altscherbitz gehörig, zu verkaufen. Die Stadt Halle will dieses Grundstück, welches wegen seiner weiten Entfernung von der Gutsverwaltung Altscherbitz nicht selbst bewirtschaftet wird, sondern verpachtet ist, zum Ausbau von Gelände, das der Fleischermeister Eduard Mähler aus Schkeuditz zu dem neu anzulegenden Flugplatz Halle-Leipzig abtreten soll, verwenden. Durch einen Sachverständigen ist der Wert des Geländes auf 1200 Mk. für den Morgen festgestellt. Mit diesem Preise hat sich die Stadt Halle einverstanden erklärt. Da der Preis von 1200 Mk. für den Morgen durchaus angemessen ist und die Zinsen des Kaufpreises den bisherigen Pachtpreis (25 Mk. pro Morgen) wesentlich übersteigen, hat der Provinzialausschuß beschlossen, beim nächsten Landtage die Ueberweisung zu beantragen. Es steht außer Zweifel, daß die Zustimmung erteilt wird, da ja der Provinzialverband sich mit einem Aktienanteil an dem Flugplatzunternehmen beteiligen will.

Aus der Frauengruppe.

Die Frauengruppe des hallischen Parteivereins hielt am Mittwoch ihre Jahreshauptversammlung ab. Zunächst hielt Genosse Heidingsfelder einen gutangelegten Vortrag über das zeitgemäße Thema „Die Krisis der Ehe und Familie". Die Gliederung des Vortrages erfolgte nach der ökonomischen, psychologischen und biologischen Seite. Der Vortragende kam zu dem Schlusse: Die Mutterschaft ist das höchste und heiligste der Frau. Das jede Frau dieses Glück genießen dürfe, sollte das Bestreben aller sein. Nur gesunde, freie Menschen, frei und unabhängig von Vorurteilen, geleitet von der Verantwortung für die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung der Menschheit, werden auch die heutige Krisis in Ehe und Familie lösen können. Voller Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen, und stimmten die Diskussionsrednerinnen dem Vortrage zu.

Nach einem kurzen Bericht über die Tätigkeit innerhalb der Frauengruppe während des letzten Geschäftsjahres erfolgte die Wahl des Vorstandes. Einstimmig gewählt wurden die Genossinnen Becker als 1. Vorsitzende, Krüger, 2. Vorsitzende, Müller, 1. Schriftführerin, Jentsch, 2. Schriftführerin, Sorgenfrei, Beisitzerin. Vorgesehen ist für den 9. Februar ein Unterhaltungsabend.

Rasse Beene auf dem Wochenmarkte.

Es war heute wirklich kein Vergnügen, sich auf dem hallischen Wochenmarkte aufhalten zu müssen, der gefallene Schnee, der inzwischen taute, hatte einen riesigen Matsch zur Folge, und auch wenn man das beste Schuhwerk hatte, die Nässe drang trotzdem durch die Sohlen. Trotz alledem herrschte aber auf dem Wochenmarkte reger Verkehr. Besonders stark war dieser an den Ständen der Fleischer, wo die Hausfrauen des morgigen Sonntags wegen flott einkauften. Symptomatisch ist das Anziehen des Butterpreises, der heute wieder durchschnittlich 95 Pfg. pro Stück (statt 85 Pfg.) beträgt. Das „Gesetz" von Angebot und Nachfrage ist also noch in Kraft! Die Nachfrage, die nach dem 1. Januar derart nachgelassen hatte, daß der Butterpreis fiel, ist wieder größer, und schon wirkt sich das auf den Preis aus. Im allgemeinen war jedoch das Preisniveau unverändert.

Ein interessantes Intermezzo waren die Streitigkeiten zwischen einem Händler und einer Hausfrau, die bei diesem eingekauft hatte. Nach ihrer Behauptung hatte die Frau erst nach einiger Zeit bemerkt, daß der Händler ihr statt auf 10 Mk., die sie hingegeben habe, nur auf 5 Mk herausgegeben hatte. Sie verlangte nun noch den Restbetrag von 5 Mk. Der Händler bestritt energisch, 10 Mk. erhalten zu haben, und man debattierte lange hin und her, ohne zu einem Resultat zu kommen. Angenommen, die Hausfrau hätte dem Händler wirklich 10 Mk. gegeben, so hat sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihr die 5 Mk. verloren gingen, sie hätte eben das Geld sofort zählen und dann den Fehlbetrag reklamieren müssen. R.

Abermaliger Umbau des C.T.-Lichtspielhauses.

Wie uns mitgeteilt wird, plant Herr Max Künzel, die C.T.-Lichtspiele Gr. Ulrichstraße im Laufe der kommenden Monate umzugestalten und bedeutend erweitern zu lassen. Das Lichtspielhaus, das erst vor zwei Jahren in völlig neuer Gestalt der Oeffentlichkeit übergeben wurde, hat jetzt etwa 1000 Plätze und soll nach der Erweiterung über 1600 Plätze erhalten. Das Theater soll auch in anderer Hinsicht noch verändert und verbessert werden. Herr Künzel hat vor, aus dem C.T. das schönste Lichtspielhaus Mitteldeutschlands zu machen. Da er sich bedeutende Fachleute gesichert hat, wird ihm das hoffentlich auch gelingen.

Aufklärungsvorträge über Tuberkulose.

Die hiesige Tuberkulose-Fürsorgestelle beabsichtigt am Donnerstag, dem 24. Februar, Freitag, dem 25. Februar, und Sonnabend, dem 26. Februar wieder eine öffentliche Tuberkulosetagung mit Vorträgen und Filmvorführungen im Thaliasaal zu veranstalten. An Vortragen sind vorgesehen: Donnerstag: „Wie erkenne ich, ob ich tuberkulosekrank bin?" Freitag: „Wie schützen wir uns in der Familie, im Beruf und somit vor Ansteckung mit Tuberkulose?" Sonnabend: „Wie heile ich meine Tuberkulose am Wohnort und im Beruf aus?" An Filmen werden voraussichtlich vorgeführt: 1. „Das kommende Geschlecht" 2. „Die Tuberkulose." Spieldauer je eine Stunde.

Wegen der Verbindung reißt. Am Freitagmittag brach in der Leipziger Straße die Kuppelung eines Straßenbahnwagens, wodurch eine Stockung des Straßenbahnverkehrs entstand. Desgleichen trat gegen 1½ Uhr nachm. in der Großen Ulrichstraße und Geiststraße infolge Stromunterbrechung eine Stockung des Straßenbahnverkehrs ein. In der Delitzscher Straße riß die Verbindung zwischen einem Lastkraftwagen und seinem Anhänger. Der Anhänger rollte rückwärts auf den Bürgersteig und fuhr dabei einen Straßenbahnmast um. Da sich der Anhänger auf dem Bürgersteig plazierte, wurde keine Verkehrsstockung verursacht.

Karten sind in der Volksblattbuchhandlung, Große Ulrichstraße 27, zu haben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0005

Förderung des Frühgemüsebaues.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" der Antwort des preußischen Landwirtschaftsministers auf eine Anfrage entnimmt, galt es bei der Verteilung der Reichsmittel zur Förderung des Frühgemüsebaues nicht, den Frühgemüsebau einzuführen, sondern bereits vorhandene Anlagen zu gewissen Produktionszentren zu erweitern, die sofort größere Mengen inländischer Erzeugnisse auf den Markt bringen konnten, um so am ehesten der ausländischen Einfuhr zu begegnen. Die Preußen zur Verfügung gestellten nicht sehr bedeutenden Mittel machen allerdings eine Beschränkung zur Pflicht.

Leuna-Arbeiter! Die Auszahlung des Krankengeldes für die in Halle und Umgebung wohnenden Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna findet von jetzt an jeden Freitag nachmittag im Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle, Kleine Klausstraße statt. Die Reihenfolge der Auszahlungen ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

Gewinnsteigerung bei den Privatbanken. Der Hallesche Bankverein, der schon einmal sein Kapital erhöht hat, nimmt eine Kapitalserhöhung von 4 auf 6 Millionen Reichsmark vor. Der Zeichnungskurs für die Aktionäre liegt erheblich unter dem Börsenkurs, ein Beweis, daß dieses für das hallische Wirtschaftsleben bedeutsame Bankinstitut auf die Reservenbildung aus der Ausnützung des Kurses verzichten kann. Der Hallesche Bankverein kündigt übrigens jetzt schon eine Erhöhung der Dividende von 8 auf 10 Prozent an. Die Bankherren sind es bekanntlich, die den Gemeinden jede freie Regung mißgönnen, um ihre Profitrate noch weiter steigern zu können

Die Tage nehmen zu. Mit Freuden begrüßen wir es, daß die Tage wieder länger werden. Hauptsächlich nimmt das Licht am Abend zu, von Woche zu Woche um etwa eine Viertelstunde. Mit der Zunahme des Morgenlichtes geht es anscheinend langsamer, weil die Sonne bei uns ihren höchsten Stand nicht um 12 Uhr mittags erreicht, sondern im Durchschnitt eine Viertelstunde später. Die Ursache ist darin zu suchen, daß wir die mitteleuropäische Zeit für das ganze Reich haben.

„Volkspark". Im schön dekorierten großen Saale findet heute, Sonnabend, vom Athletenklub Achilles der erste Maskenball mit vielen Darbietungen statt. Im kleinen Saal hält der Holzarbeiterverband ein Kappenkränzchen ab. In den unteren, ebenfalls dekorierten Räumen, wird heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, ein fideles Bockbierfest mit humoristischen Darbietungen, verbunden mit Eisbeinessen, stattfinden.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, 4 Uhr und 8 Uhr, Konzerte des Symphonieorchesters. Leitung: Benno Plätz. Donnerstag: 13. Symphoniekonzert. (Siehe Anzeige.)

Film und Kleinkunstbühne.

Madame wünscht keine Kinder . . .

Das ist heute sehr zeitgemäß. Nur sind die Motive dieses Wunsches sehr verschieden. Die einen, und das sind wohl die zahlreichsten, wollen keine Kinder, zumindest keinen Kindersegen, weil sie nicht die Mittel haben, die hungrigen Mäuler zu stopfen. Aber diese Spezies Erdenkinder kommt in dem neuen Film, der in Halle im **Ufa-Theater Leipziger Straße** aufgeführt wird, nicht vor. Hier handelt es sich um ein Luxusweibchen, das sich auf das heftigste seiner biologischen Zweckbestimmung widersetzt, denn sie ist ein begeisterungstolle Charleston-Tänzerin, in welcher segensreichen Tätigkeit sie von Mama und Schwesterchen nach Kräften unterstützt wird, und Kinderkriegen schadet der modernen Linie. Nun, solche Menschen soll es auch geben, aber schließlich wachsen niemands Bäume in den Himmel. Auch im vorliegenden Falle gelingt der Widerspenstigen Zähmung, und das männlicherseits ersehnte Eheglück in Gestalt eines schreienden Babys ist nach mancherlei Fährnis und einer zweiten Hochzeitsreise das Resultat. Der Film kann als ein Beitrag zur heutigen Sittengeschichte gewertet werden und ist vom schauspielerischen Standpunkt aus eine erstklassige Leistung. Ein Wunder ist das nicht, denn die Personen werden von bekannten Kanonen gestellt. Allen voran der alte Schwerenöter Harry Liedtke, der seine Rolle als gemütlicher Ehemann ausgezeichnet vertritt. Seine Partnerin, die mondäne Maria Corda — deren Mann für die Regie verantwortlich zeichnet —, versteht es in jeder Beziehung, den Typ der von Jazzband-Raserei und Mode-Exzentriks befallenen Schönen zu vermitteln. Wirksam unterstützt wird sie hierin von Trude Hesterberg, die die Rolle der tanzwütigen Schwiegermutter verkörpert, und Dina Gralla als gleichgestimmte Schwester. — Nebenher läuft das übliche Beiprogramm: Gut gelungene und sehenswerte Aufnahmen von der Herstellung des Meißener Porzellans, die Wochenschau und die Hollywood-Groteske: „Der Geist des gnädigen Herrn". Das Stereotype dieser Filme ist kaum zu übertreffen.

Ht.

Rechtsobstruktion in Könnern.

Die bürgerlichen Stadtverordneten machen die Sitzung beschlußunfähig.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Könnern sollte die Mandatsniederlegung des bürgerlichen Stadtverordneten Malermeister Splettstößer genehmigt und zugleich die Einführung seines Nachfolgers Landwirt Pforte erfolgen. Der Vorsteher machte darauf aufmerksam, daß die gesetzliche Einspruchsfrist noch nicht abgelaufen sei. Der Bürgermeister versuchte mit schönen Worten der Versammlung klarzumachen, daß nicht unbedingt die Frist eingehalten werden brauche. Von der Linken wurde gegen die Einführung Widerspruch erhoben und betont, daß bei Einführung des Stadtverordneten Pommer (SPD.) die Frist vom Magistrat streng eingehalten sei und demzufolge auch jetzt keine Ausnahme gemacht werden könne. Nach diesem Einspruch erhob sich die Rechte unter der Führung des Justizinspektors Hartung und verließ die Sitzung. Da nur noch 8 Stadtverordnete anwesend waren, stellte der Vorsteher die Beschlußunfähigkeit der Versammlung fest und schloß die Sitzung.

Die Obstruktion der Ordnungshüter läßt sich nur dadurch erklären: Da in dieser Sitzung der Vorstand neu zu wählen war, stand beim Fehlen eines Bürgerlichen von vornherein ein Sieg der Linken fest. Die plötzliche Mandatsniederlegung des Herrn Splettstößer erfolgte wohl, weil er in der letzten Sitzung aus der Reihe getanzt und mit der Linken gestimmt hat. Unbekümmert um die Obstruktionsversuche zur Rechten wird der Vorsteher auf Grund des § 42 der Städteordnung sofort eine neue Sitzung mit dem gleichen Verhandlungsstoff einberufen, die dann die ihr aufgegebenen Arbeiten erledigen wird.

*

Könnern. Versammlung der Arbeitsinvaliden. Am Sonntag hielt die Ortsgruppe Könnern des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende gab den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Ortsgruppe im letzten Jahr eine große Mitgliederzunahme aufzuweisen hatte. Dann erstattete Kollege Hagedorn den Kassenbericht. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstands. Nachdem der Gautagsbericht entgegengenommen und noch einige Verbandssachen erledigt waren, richtete der Vorsitzende ermahnende Worte an die Versammlung, denn nur durch eine starke Organisation würde es gelingen, den Fürsorgeverbänden begreiflich zu machen, wie notwendig es ist, eine Erhöhung der Renten für die Sozialrentner eintreten zu lassen. Wenn man bedenkt, daß auch für diese Opfer die Lebensmittel, Kleidung, Heizung usw. genau so teuer sind wie für alle Volkskreise, werden auch die Fürsorgeverbände sich nicht verschließen können, den Forderungen der Sozialrentner nachzugeben. Deshalb, Sozialrentner des Saalkreises, organisiert Euch! Hinein in den Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen.

Könnern. Eine Stadtverordnetensitzung findet am Dienstag, dem 25. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaale statt. Der Vorsteher hat diese Sitzung auf Grund des § 42 der Städteordnung mit gleicher Tagesordnung wie bei der aufgeflogenen Sitzung vom Donnerstag einberufen. Das heißt, sie ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Döllnitz. Reges Parteileben. In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung des Parteivereins erstattete der Vorsitzende Genosse Dietrich den Jahresbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß der Verein ein arbeitsreiches Jahr hinter sich hat. Nach erfolgter Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte die Vorstandswahl, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Dietrich, 2. Vorsitzender Junghanns, Kassierer Bienert, Schriftführer Korn, Beisitzer O. Teichmann und Schnabel. Für die Unterbezirkskonferenz am 30. Januar wurde der Vorsitzende Dietrich delegiert. Die „Volksblatt"-Bezieherzahl ist auch im letzten Vierteljahr erheblich gestiegen, doch müßte sie aber noch um ein bedeutendes erhöht werden. — Im neuen Jahre sollen öffentliche Bildungsabende veranstaltet werden.

Die Kohleverflüssigung.

Falsche und berechtigte Hoffnungen auf das Bergius-Verfahren.

Ueber die Verflüssigung der Kohle durch das sogenannte Bergius-Verfahren ist in der letzten Zeit sehr viel geschrieben worden. Die Braunkohlenindustrie dürfte durch diese neue Art, flüssige Oele aus der Braunkohle zu gewinnen, einen großen Aufschwung nehmen. Ueber die Rentabilität des Verfahrens sind aber Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht. Wir bringen nachstehend eine solche Meinung zum Abdruck, müssen aber selbstverständlich die Verantwortung für die Richtigkeit der angeführten Zahlen dem Verfasser des Artikels überlassen. Die Redaktion.

Für Deutschland wäre es zweifellos von größter Bedeutung, wenn sich die Hoffnungen erfüllen würden, die man an die Ausführungen Professor Bergius' über sein Kohleverflüssigungsverfahren auf der Pittsburger Konferenz knüpft, und wenn wirklich in kurzem die industriellen Anlagen entstehen würden, in denen aus billiger Braunkohle und minderwertigem Kohlengrus die hochwertigen Mineralöle entstehen, für die Deutschland augenblick jährlich über 200 Millionen Mark ins Ausland abführt. Unbedingt muß aber gewarnt werden vor ganz falschen Rentabilitätsrechnungen, die durch die Presse gegangen sind, so, wenn gesagt wird: aus einer Tonne Kohle wird Oel gewonnen im Werte von 45 oder 55 Mark; das bedeutet eine Wertsteigerung der Kohle auf das Drei- oder Vierfache! Solche Berechnungen sind irreführend und entstellen die Tatsachen. Es ist deshalb angebracht, die tatsächliche Rentabilität des Bergius-Verfahrens zu betrachten, bei der natürlich von so phantastischen Gewinnen nicht die Rede sein kann.

Im Anschluß an frühere Veröffentlichungen Bergius' kann man vorsichtig etwa so rechnen: Aus einer Tonne Kohle im Werte von etwa 15 Mk. werden etwa 490 Kilogramm Oel gewonnen, und zwar 350 Kilogramm verschiedene Treiböle und 140 Kilogramm Schmier- und Heizöle, zusammen im Werte von etwa 50 Mk. Dazu kommen aber die Kosten des Verfahrens selbst, die Bergius im vorigen Jahr, auf die Tonne gewonnenen Oels bezogen, ansetzte mit 25 Mk. Tilgungskosten der Anlage und 50 Mk. für Kraft, Heizung, Löhne, Reparaturen usw. Das bedeutet: Die Tonne Treiböl, die etwa einen Durchschnittsmarktpreis von 145 Mk. hat, kostet etwa 45 Mk. an Kohle, wozu noch die Kosten des Verfahrens mit zusammen 75 Mk. kommen, in Summa etwa 120 Mk. Es bleibt also immer noch eine sehr große Gewinnspanne von 20 Prozent, man darf aber nicht vergessen, daß Schwankungen der Kohle- und Oelpreise, der Arbeitslöhne usw., die durchaus im Bereich des Möglichen liegen, eine derartige Ueberschlagsrechnung über den Haufen werfen können. Außerdem weiß man noch nicht, wie sich das Verfahren im Großen, also in den geplanten Werken im Ruhrgebiet und im Braunkohlenrevier bewährt. Es ist ja bekannt, mit welchen großen technischen Schwierigkeiten Bergius zu kämpfen hatte, der seit 1913 am Ausbau seines Oelgewinnungsverfahrens arbeitet. Unter dem ungeheuren Druck von 150 Atmosphären bei einer Temperatur von 460 bis 480 Grad wird dem komplizierten Kohlemolekül — Kohle besteht genau so wenig nur aus Kohlenstoff wie Stahl nur aus Eisen — im Augenblick des „Aufbrechens" Wasserstoff angelagert, wodurch flüssige Kohlenwasserstoffe, also Mineralöle, entstehen, ein sehr komplizierter Vorgang, dessen inneres Wesen man heute noch kaum kennt. Das geschieht in riesigen Behältern, Autoklaven, und zwar selbsttätig, so daß die Anwesenheit von Menschen in der Nähe der Hochdruckgefäße nicht notwendig ist. Die konstruktive Durchbildung der Ventile, Stopfbuchsen usw. für so hohen Druck hat Jahre gedauert. Auch kann man die Kohle weder in festem noch in gemahlenem Zustand in die Oefen bringen; nur wenn die gemahlene Kohle mit Teer oder im Verfahren selbst gewonnenem Oel zu einer Paste vermischt wird, ist bei dem hohen Druck ein ununterbrochener Durchsatz möglich. Und ununterbrochen muß gearbeitet werden, schon weil die Temperatur unbedingt immer auf der gleichen Höhe gehalten werden muß; sonst würde sich nämlich teilweise Koks bilden, was man ja gerade vermeiden will. Die Oefen können daher auch nicht unmittelbar beheizt werden, sondern werden durch ein den Doppelmantel durchziehendes Gas, das durch die aus dem Verfahren gewonnenen Stoffe vorgewärmt wird, auf gleicher Temperatur gehalten, während im Innern ein Rührwerk die gleichmäßige Verteilung der zugeführten Wärme erleichtert.

Das Verfahren ist also technisch durchaus nicht einfach. Es bietet aber ungeheure Vorteile. Vor allem bedarf es keines andern Rohstoffes als Kohle, auch zum Heizen und zur Krafterzeugung. Alles andere wird im Verfahren selbst gewonnen und ihm im Kreislauf wieder zugeführt: Auch der notwendige Wasserstoff, der nicht chemisch rein zu sein braucht, wird aus den im Verfahren entstehenden Gasen unter Zusatz von Wasserdampf gewonnen. Wäre das nicht möglich, wäre wahrscheinlich die Rentabilität des Bergius-Verfahrens überhaupt in Frage gestellt. Für das Verfahren spricht vor allem, daß auch die billigste Staubkohle verwertbar ist, und daß Braunkohle eine wesentlich höhere Ausbeute ergibt als hochwertigere Kohlesorten, so daß die deutsche Ueberproduktion an minderwertiger Kohle zur Erzeugung mangelnder flüssiger Brennstoffe und Schmieröle ausgenutzt werden kann.

Wichtig ist auch, daß die Kokerei (Kokserzeugung) und Leuchtgasherstellung, bei der Koks in Mengen erzeugt wird, die oft gar nicht unterzubringen sind, im Sinne des Bergius-Verfahrens wirtschaftlich gestaltet werden können, indem bei der Kokerei das abfallende Gas und bei der Leuchtgaserzeugung der Koks zur Wasserstoffgewinnung fürs Bergius-Verfahren herangezogen werden. Es ist jedenfalls kaum daran zu zweifeln, daß das Bergius-Verfahren trotz allen Schwierigkeiten der praktischen Anwendung für Deutschland in mancherlei Beziehung außerordentliche Möglichkeiten bietet.

Dipl.-Ing. A. Lion (Berlin).

Zur Landbundtagung.

Den Großen winkt das Glück — Den kleinen bichts Genick.

In der Festnummer des Landbundorgans für die Provinz Sachsen veröffentlicht der bekannte Oberamtmann Wentzel (Teutschenthal) einen Artikel, betitelt „Der Landwirtschaft Schicksalsjahr". Er stellt fest, daß das Jahr 1926 herbe Enttäuschungen für die Landwirtschaft gebracht hat. Ausdrücklich betont er: „Die Gerechtigkeit erfordert, anzuerkennen, daß die Schwere der landwirtschaftlichen Krise von 1926 nicht etwa auf ungenügende Preise, sondern auf die Wetterkatastrophe des Sommers und auf die alten Schulden zurückzuführen ist." Er stellt weiter fest, daß eine große Zahl Landwirte (natürlich die Kleinsten) infolgedessen unrettbar verloren sind und eventuell Haus und Hof verlassen müssen. Er bedauert dies, doch weiter reichen seine Volksgemeinschaftsgefühle nicht. Brutal stellt er fest, daß ein großer Teil dieser Landwirte ihren Untergang selbst verschuldet haben: „An kaufmännischem Denken und Kalkulieren hat es vielfach gefehlt, sonst hätte man eher die Gewohnheiten der Inflationszeit verlassen, hätte einfacher gelebt usw." Fast triumphierend klingt es, wenn er schreibt: „Alte landwirtschaftliche Familien versinken in großer Zahl, neue Leute, oft aus anderen Kreisen stammend, nehmen ihren Platz ein. Aber die landwirtschaftliche Welt geht weiter. Wer es nicht verstanden hat, sich auf die neue Zeit umzustellen, wird von der Ungunst der Verhältnisse erdrückt und muß von seinem Platze abtreten." Und dann die Perspektive: „Meiner Ansicht nach dürfen die deutschen Landwirte, soweit sie nicht übermäßig verschuldet sind, dem neuen Jahr mit Vertrauen entgegensehen." Eine große Konjunktur in der Industrie sieht er kommen und folgert daraus: „Wachsende Kaufkraft, erhöhte Nachfrage und — — — steigende Preise.

Das ist Oberamtmann Wentzel, daß ist das Gesicht des Landbundes. So, du armer Kleinbauer und Landwirt ohne Kapital, der du nicht das Glück hattest, wie Wentzel und die anderen Großen, deinen Hof schuldenfrei zu halten. Selber seid ihr schuld an eurem Elend. Und ihr habt gedacht der Landbund hilft euch. Aber Wentzel und Konsorten denken nicht daran. Sie denken nur an ihren Profit im neuen Jahr. Ihre Losung ist:

Ueber Gräber vorwärts!

Doch in derselben Nummer des Landbundorgans steht noch ein Artikel von Generaldirektor Piatscheck. Dieser Industrielle versucht den Agrariern klarzumachen, wie notwendig die außenpolitische Verständigung und die internationale Kartellierung der Industrie ist, und schlägt eine solche auch für die Landwirtschaft vor. Doch davon wollen wir jetzt nicht sprechen. Wichtiger sind folgende Ausführungen des Generaldirektors:

„Vergessen sei nicht das große Gebiet der Sozialpolitik. Gerade hier sollte die Landwirtschaft sich vor Augen halten, daß sie alle Veranlassung hat, die Industrie vor überspannten Forderungen der Gewerkschaftsführer (!) zu schützen und nicht sich in Sicherheit wiegen, daß diese Dinge gegenüber der Handwirtschaft wirkungslos bleiben würden. Vorkommnisse, wie im letzten Sommer, als landwirtschaftliche Abgeordnete beim Reichsknappschaftsgesetz den Bergbau zum Kuhhandelsobjekt gegen die Schwedenzölle verwandten, sollten sich nicht wiederholen. Glaubt die Landwirtschaft, daß, wenn der Hofarbeiter auf einer Zeche mit 50 Jahren ohne weiteres das Anrecht auf eine Altersrente erwirbt, dem doch nicht unter anderen hygienischen Bedingungen arbeitenden Landarbeiter der gleiche Anspruch auf die Dauer vorenthalten werden kann?"

Deutlicher konnten diese beiden Herren sich wirklich nicht ausdrücken. Großagrarier und Industrieller, sie haben gleiche Interessen. Was ist daher notwendiger als daß auch Industrie- und Landarbeiter, oswie die Kleinbauern sich zusammenfinden. Das sozialdemokratische Agrarprogramm zeigt den Weg.

Wie der Volksentscheid sabotiert wurde.

Es war in den Tagen des Volksentscheids. 14½ Millionen Menschen stimmten gegen den Raubzug der Fürsten. Von unserer Seite ist immer behauptet worden, daß der Volksentscheid zum Siege geführt hätte, wenn nicht besonders auf dem Lande ein ungeheuerlicher Terror ausgeübt worden wäre. Unsere Gegner haben bisher immmer ein wütendes Geschrei erhoben, wenn ihnen das vorgehalten wurde. Daß unsere Behauptungen den Tatsachen entsprechen, erwies eine Gerichtsverhandlung vor der Halberstädter Kleinen Strafkammer. Zwei Arbeiter aus Gatersleben (Kreis Quedlinburg), Altmann und Straube, waren vom Amtsgericht Aschersleben wegen Beleidigung und verursachter Nötigung zu 1 Monat Gefängnis bzw. 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, wogegen Staatsanwalt und Angeklagte Berufung eingelegt hatten.

Wie war der Sachverhalt? Der Pächter der Staatsdomäne (!) Gatersleben, Rittmeister a. D. Schäfer, hatte vor dem Tage des Volksentscheids an seine Arbeiter massenweise Handzettel verteilen lassen, in denen diejenigen, die den Raubzug der Fürsten verhindern wollten, als Räuber und Diebe bezeichnet wurden. Nichtsdestoweniger besaßen er und sein Inspektor Heller die Taktlosigkeit, am Tage des Volksentscheids sich unter diese Räuber und Diebe zu mischen, und zwar hielten sie sich im Wahllokal auf, um eine Kontrolle auszuüben, wer zu dieser Spezies von Menschen gehörte. Darüber herrschte natürlich unter den Wählern und Wahlhelfern eine begreifliche Erregung, noch dazu, als man sah, daß der Herr Rittmeister sich eifrig Notizen in einem Buche machte. Die Wahl, die nach den bestehenden Gesetzen eine geheime sein soll, wurde dadurch ganz einwandfrei zu einer öffentlichen gestempelt, und wie durch Zeugenaussagen festgestellt wurde, sind eine große Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen, die auf dem Gut des Zeugen Schäfer beschäftigt waren, sofort wieder umgekehrt, als sie diesen im Wahllokal sahen. (!!!) In dieser bis zur Siedehitze gesteigerten Erregung hatte Altmann gesagt, wenn der Rittmeister Ehrgefühl hätte, wäre er nicht hierher gekommen. Außerdem soll er noch die Bemerkung gemacht haben: „Den müßten wir ablunzen!", was wohl soviel heißen sollte, den müßten wir rausschmeißen, oder abreiben. Der Angeklagte Straube hatte dann versucht, das Buch, in dem Herr Schäfer sich Notizen machte, und das frei auf dem Tisch lag, fortzunehmen. Da Herr Schäfer das aber durch Festhalten verhinderte, wurde das Buch etwas zerrissen.

Aus diesem Tatbestand wurde eine versuchte Nötigung kombiniert. Festgestellt wurde später, daß Herr Schäfer in dem Buche die Wähler gezählt hatte. Ein Genosse wurde von draußenstehenden Leuten gefragt, ob Rittmeister Schäfer noch im Lokal sei. Als dies bejaht wurde, erklärten sie, daß sie dann ihre Stimme nicht abgeben könnten. Rittmeister Schäfer war es offenbar peinlich, in der Verhandlung durch Zeugenaussagen zu erfahren, daß er auf diese Weise Terror ausgeübt hatte, denn er fühlte sich verpflichtet, sich nach Schluß der Beweisaufnahme nochmals zu Wort zu melden und zu erklären, daß es ihm ferngelegen habe, eine Beeinflussung auszuüben (?), er hätte im Gegenteil seine Leute vor Beeinflussung von der anderen Seite schützen wollen, denn es sei ihm bekannt geworden, daß schwerkranke Leute aus dem Bett geholt wurden. Als ihm der Verteidiger der Angeklagten fragte, ob er das auf seinen Eid nehmen könne, mußte der Zeuge das überraschenderweise ablehnen und wollte sich auf Dritte berufen. Hervorzuheben ist, daß dem Rittmeister und dem Inspektor trotz ihres äußerst provozierenden Verhaltens außer den berichteten Vorfällen nicht das Geringste geschehen ist, und daß sie der Wahl trotzdem bis zum Schluß beigewohnt haben.

Der Oberstaatsanwalt beantragte Verwerfung beider Berufungen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Braun (Magdeburg), bekannt durch die Haas-Affäre, hielt die versuchte Nötigung seitens Straube mit Recht nicht für erwiesen. Da die Partei des Rittmeisters die Parole zur Stimmenthaltung ausgegeben hatte, besaß dieser überhaupt kein Recht, eine Kontrolle auszuüben. Die Wahl wurde dadurch zu einer öffentlichen. Der Ausdruck des Angeklagten Altmann, Herr Schäfer besäße kein Ehrgefühl, sei in der Erregung etwas zu grob gehalten, aber auch er fühle sich verpflichtet, das Verhalten dieses Zeugen zum mindesten als taktlos zu bezeichnen. Er empfahl für Straube Freispruch und für Altmann wegen Beleidigung eine geringe Strafe. Das Gericht hielt ebenso wie der Vorderrichter beide Straftaten für erwiesen. Es berücksichtigte aber die Erregung und den Umstand, daß beide Angeklagte aus politischen Motiven gehandelt haben. Die Strafen wurden deshalb für Altmann auf 100 Mk., und für Straube auf 50 Mk. Geldstrafe herabgesetzt.

Wen man bedenkt, daß so wie in Gatersleben in vielen Landorten ein solcher Terror ausgeübt wurde, kann man ermessen, wieviel Ja-Stimmen beim Volksentscheid verlorengegangen sind. Uebrigens wird, da Rechtsanwalt Braun für den Angeklagten Straube Revision einlegen wird, in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Der Herr Erbkämmerer im Herzogtum Magdeburg.

Im Inseratenteil der konservativen „Kreuz-Zeitung" konnte man am Sonntag folgende niedliche Annonce lesen: „Die Pfarrstelle Parey an der Elbe, Bezirk Magdeburg (Patronatskirche), ist sofort zu besetzen. Meldungen erbeten an den Patron, Freiherr von Plotho-Parey, Erbkämmerer im Herzogtum Magdeburg."

Da es die „Kreuz-Zeitung" im Jahre 1927 in dem einzigen Teile, der an ihr beachtenswert ist, bringt, so muß es wohl so sein. Im andern Falle hätte man nämlich angenommen, es sei ein Nachdruck aus den „Relationen" des 17. Jahrhunderts, wie zur Zeit des Herzogtums Magdeburg die Zeitungen genannt wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0006
DFG

Vereinsmeierei.

In einem Stimmungsbild über das kommunistische Theater in Berlin, das mit dem Kongreß der Werktätigen aufgeführt wurde, berührte der „Vorwärts" kürzlich das immer brennender werdende Problem der Kräftezersplitterung und der Vereinsmeierei im Proletariat und sagte u. a.:

„Nun aber ein ernstes Wort an alle Werktätigen: Ein gelindes Grauen überfällt einen, wenn man die Liste der Vereine und Verbände ansieht, die angeblich ihre Vertreter zu diesem Kongreß entsandt haben. **Die Vereinsmeierei war von jeher das Kennzeichen für den deutschen Normalbürger.** Wo zwei Deutsche — so sagt man — zusammenkommen, da gründen sie einen Verein. Soll das jetzt auch für die Arbeiter gelten, und soll diese proletarische Vereinsmeierei zu nichts anderm gut sein, als von den Kommunisten für ihre elenden Parteizwecke mißbraucht zu werden? Man lese einmal den Vereinskalender der Arbeiterblätter durch. Da haben wir Vereinigungen, Vereine und Verbändchen für alle möglichen Dinge. Die Radiohörer und die Photographen, die Schachspieler und die Esperantisten, die Freidenker und die religiösen Sozialisten, die Liebhaberschauspieler und die Aufwertungshungrigen, die Naturheilanhänger, die Biochemiker und die Lebensreformer, die Siedler, die Laubenkolonisten und was noch viel mehr: alle haben sie ihre eigenen Organisationen mit Ortsvorständen, mit Zentralen, mit Zeitungen, mit Kongressen. Dazu die Sportverbände; das Reichsbanner auf der einen und der Rote Frontkämpferbund auf der andern Seite.

Ist es ein Wunder, daß der sozialdemokratische, daß der kommunistische Funktionär, wenn er für die Partei oder für die Arbeiterpresse bei seinen Klassengenossen agitiert, so häufig die Antwort hört: Wir haben keine Zeit für dich, wir müssen uns um wichtigere Dinge kümmern, als daß wir an dem großen Kampf für die politische Befreiung des Proletariats teilnehmen könnten. Aber wenn die „Werktätigen" hundert Kongresse abhalten und wenn dort tausend sorgfältig vorbereitete Resolutionen angenommen werden, mit dem Dichter sagen wir:

Die Mutter aller Siege ist die Partei!

Und nur, weil noch so viele abseits stehen, weil noch so viele ihre kleinlichen persönlichen Interessen über die der Gesamtpartei stellen, weil Sonderbündelei und Vereinsmeierei auch im Proletariat wuchern, gelingt es den besitzenden Klassen noch immer, das schnellere Vordringen der Sozialdemokratie zu hemmen."

*

Beleidigte proletarische Vereinsmeier werden aus diesen Sätzen leicht den Schluß ziehen, die Partei wolle nun neben sich überhaupt nichts anderes dulden, und jeder Vereinsvorstand wird geneigt sein, eine lange Begründung über die politische, sportliche, kulturelle oder internationale Bedeutung gerade seiner Organisation zu verfassen. Sicher: eine Arbeitersportorganisation ist notwendig, weil kein klassenbewußter Arbeiter in den völkisch-deutschnationalen Sportvereinen sein sollte. Die Freidenker haben Berechtigung, weil die Partei andere Aufgaben hat, als über Religionsfragen zu debattieren. Aber vieles, sehr vieles ist überflüssig und könnte im Rahmen der sozialistischen Bildungsarbeit geleistet werden, ohne eigene Vereine, Vorstände, Statuten, Beiträge, Vereinsnadeln, Banner usw. Und in den verschiedenen Organisationen könnte mancher Zweiverein in einem größeren aufgehen, könnte eine Konzentration Kräfte und Geld ersparen.

Dem deutschen Arbeiter geht es wahrhaftig schlimm genug. Wo soll er denn schließlich bei seinem kargen Lohn oder Gehalt alle die vielen Groschen und Markstücke hernehmen, die ihm die vielen Vereine abfordern? Mit Recht ist die ganze bürgerliche Gesellschaft neiderfüllt, wenn sie sieht, mit welch grandiosem Idealismus die Proletarier für ihre Organisationen opfern und arbeiten, aber alles hat eine Grenze. Schließlich bleibt dem Arbeiter nicht mehr die Zeit und das Geld, wirklich wichtige Veranstaltungen zu besuchen, und zuletzt „spart" er an den Parteibeiträgen, weil die Partei weder ein Vergnügungs- noch ein Unterstützungsverein, sondern eine Kampforganisation ist.

Daß der Arbeitersportler erst durch die wachsende politische Macht der Arbeiterklasse von der Bevormundung und Schikanierung des Obrigkeitsstaates befreit wurde, daß alle Arbeitervereine durch die Hilfe der Sozialdemokratie als gleichberechtigt anerkannt wurden und nicht mehr aus allen Lokalen vertrieben und von den Hallen der Schulen ausgeschlossen werden, das haben viele vergessen, und viele wissen es noch gar nicht.

Viele bedenken auch nicht, daß eine Vernachlässigung der Partei eine Erstarkung der Reaktion und die Gefahr der Wiederkehr der Unterdrückungsmethoden zur Folge hat. Warnende Anfänge sind doch schon wieder genug zu verzeichnen. Deshalb: wer irgendeinem Arbeiterverein angehört und es ernst mit dessen Zielen meint, der muß zuerst dafür sorgen, daß durch Stärkung der Partei die politische Freiheit erhalten und erweitert wird. Und wer mit offenen Augen die gewaltige Konzentration der kapitalistischen Kräfte und die wirtschaftlichen Schäden für die Arbeiterklasse sieht, der muß daraus den Schluß ziehen, daß man diese Riesengefahren nicht durch Vereins- und Stammtischpolitik, sondern durch den zähen Kampf großer Gewerkschaften und einer mächtigen Sozialdemokratischen Partei bannt, der muß lernen, daß nicht irgendeine spezielle Liebhaberei, sondern das Streben nach sozialistischer Umgestaltung Inhalt des proletarischen Lebens sein muß.

Ein Arbeitererholungsheim im Harz.

Ein Erholungsheim für erholungsbedürftige Arbeiter und die wandernde sozialistische Jugend soll in Harzgerode, wie in einer Besprechung in Gegenwart des anhaltischen Ministerpräsidenten Genossen Deist und des Landtagspräsidenten Genossen Peus beschlossen wurde, gebaut werden. Träger des Erholungsheimes sind das „Volksblatt" in Dessau, die „Volkswacht" in Bernburg, sowie die Gewerkschaften in Anhalt. Wie wir erfahren, ist das Grundstück, auf dem das Heim errichtet werden soll, die seinerzeit abgebrannte Villa nebst vier Morgen großem Park, die einem reichen Harzgeroder Einwohner gehörte, von dem die Ruinen nebst Park um den billigen Preis von 7000 Mk. erstanden wurde. Die notwendigen Baukosten sind schon gesichert.

Hoffentlich waltet über das Projekt ein guter Stern, so daß es zu einem neuen Markstein in der Geschichte der anhaltinischen Arbeiterbewegung wird.

Oeffentliche Bauten.

Bei den im Laufe des letzten halben Jahres geführten Verhandlungen zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms für 1927 wurde von den maßgebenden Stellen immer wieder darauf hingewiesen, daß künftighin zur Sicherung einer gewissen Stetigkeit auf dem Baumarkt die Projekte für die öffentlichen Bauten so rechtzeitig vorbereitet werden sollen, damit diese jederzeit vorgenommen werden können, wenn im Wohnungsbau Stockungen auftreten. Die große Misere, die sich im Frühjahr 1926 bei der Ankurbelung des Wohnungsbaues zeigte, ist noch in frischer Erinnerung. Soll es jetzt und im kommenden Frühjahr zu einer ähnlichen Misere kommen?

Bis jetzt hört und sieht man nichts davon, was an öffentlichen Bauten in den nächsten Wochen in Angriff genommen werden soll, obwohl die Witterung für die Bauarbeit noch verhältnismäßig günstig ist. Dabei gehört wirklich keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß es auch dieses Jahr wieder mit dem Wohnungsbau etwas hapern wird. Das neue Reichswohnungsbauprogramm soll zwar schon in der allernächsten Zeit vom neuen Reichskabinett und daran anschließend sofort vom Reichstag verabschiedet werden. Aber bei dem überaus schwierigen und viel umstrittenen Problem der Finanzierung werden weder Reichsregierung noch Reichstag hexen können. Wohnungsbauprogramm und Mietenfrage sind letzten Endes stark politische Fragen. Die Art ihrer Lösung hängt ab von dem Kurs, den die neue Reichsregierung einschlagen wird. Man muß sich also darauf gefaßt machen, daß die Entscheidung über die Gestaltung des Wohnungsbaues nicht so glatt und nicht so rasch vor sich gehen wird, wie das zu wünschen wäre. Hat nicht im vergangenen Jahre der Kampf um die Gestaltung der Hauszinssteuer in Preußen die Weiterführung des Wohnungsbaues bedenklich gehemmt. Auf Aehnliches muß man sich auch in diesem Jahr gefaßt machen.

Unter diesen Umständen kann nicht rechtzeitig und nicht nachdrücklich genug die Durchführung der öffentlichen Bauten gefordert werden. Ihre Inangriffnahme ist fällig. Die öffentlichen Bauten umfassen 24 Prozent des gesamten Hochbaus — also einen sehr beträchtlichen Anteil am Bauprogramm eines Jahres. Wie steht es nun mit den einzelnen Projekten in den verschiedenen Ländern, in den Gemeinden? Die Arbeiterschaft muß, gewarnt durch die bisherigen üblen Erfahrungen, mobil machen und in allen Parlamenten der Städte und Länder und in allen Körperschaften, die irgendwie für die Durchführung öffentlicher Bauten in Frage kommen, rücksichtslos darauf dringen, daß ihnen so schnell wie möglich reiner Wein eingeschenkt wird. Heraus mit den öffentlichen Bauten!

Heinrich Wittenberg
Briketts - Koks - Brennholz
Baustoffe
Hauptbüro: Poststraße 12 —
Lagerplatz: Delitzscher Str. 74c — Fernruf: 26502 26512 26571

ff. Tafelsenf verschiedener Qualitäten
Essigsprit / Weinessig / Tafelessig
Speiseöle
empfehlen in altbekannter Güte
Wilhelm Krahnert & Co., Halle a. S.
Inhaber: Alfred Zeiss
Gegründet 1860 Fischerplan 6 Telephon 21058

Sternburg-Bier
ist und bleibt
Marke ersten Ranges
Brauerei Sternburg in Schkeuditz, Telefon 5

Tür- und Firmenschilder
Gummistempel
liefert am Bestelltag
W. Schubert Halle a. S.
Leipzigerstr. 58 - Telef. 24033
Schablonen - Druckereien

Alfred Koch
Rind- u. Schweineschlächterei
Ludwig-Wucherer-Straße
Ecke Gütchenstraße
ff. Wurstwaren

Emil König
Inh. Walter Schiller
Schmeerstr. 27 Ruf 21582
Das Fachgeschäft für gute und billige Schuhwaren aller Art

Porzellan-Haus
J. A. Heckert
Jetzt
Gr. Ulrichstr. 38

Zillmann & Lorenz
Halle a. S.
Spedition / Möbeltransport / Lagerung
Fernsprecher 27521

Webwaren aller Art
Wäsche- u. Schürzenfabrikation
zu besonders günstigen Preisen und Bedingungen
Sally Bilezki, Halle
Leipziger Straße 103 Landwehrstraße 3
Verkauf nur an Wiederverkäufer

Sporthaus Hanns Naumann
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 26 Fernruf 28884
Geräte und Ausrüstungen für jeden Turn- und Sportzweig in nur bester Qualität bei mäßigen Preisen
Einziges Spezial-Geschäft am Platze

Heldenstern
die feine
Sahnemargarine

Hans Brudeck
Leder-Handlung
Ober-, Unterleder-Ausschnitt, Fensterleder in großer Auswahl
Steinweg 32 Tel 28017

Wir reinigen und färben
Damen- und Herren-Garderobe preiswert und schnell
Vereinigte Färbereien und Wäschereien G. m. b. H.
Fernruf 22923 Halle a. S. Fernruf 26595
Achten Sie auf unsere Läden mit diesem Zeichen

Schulze & Birner
Likörfabrik :-: Weingroßkellerei
Verkauf:
Krausenstraße 3
Friesenstraße 30
Geiststraße 11
Filiale: Otto Thieme

Möbel jeder Art
in großer Auswahl zu billigsten Preisen liefert
G. Schaible, Halle
Gr. Märkerstraße 26 (am Markt)
Fernruf 25685
Werkstätten für Wohnungseinrichtungen

Carl Saatz
Drogerie und Parfümerie
Halle a. S. Rannische Straße 6
Heilkräuter-Vertrieb
Alle Artikel zur Wäsche
Kämme, Bürsten, Besen

Karl Böhlert, Roßschlächterei
Ammendorf
Hauptstraße 28 Telefon 29
Halle a. S.
Olearius Straße 3 Reilstraße 30
Telefon 23933
empfiehlt
Ia Roßfleisch und alle Wurstwaren

OPEL
das wahre Volksauto
Otto Kühn - Halle
Tel. 26619 Merseburger Str. 151

Möbel - Hauptmann
Fabrik gegründet 1868
Halle a. d. S.
Kl. Ulrichstraße 36
Gediegene
Wohnungseinrichtungen
sehr preiswert.

Hauptbahnhofswirtschaft
W. Bettenhausen Halle a. d. S.
Die Großgaststätte für jedermann
Täglich fertige preiswerte Hausgerichte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0007

Lotterie der Arbeiter-Wohlfahrt.

Allen Gewinnern zur Nachricht, daß die Bilder endlich eingetroffen sind und in unserem Bureau in Halle, Harz 42—44, abgeholt werden können. **Der Bezirksvorstand.**

Eilenburg. Die Arbeitersamariterkolonne in Eilenburg kann auf ein arbeitsreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Dem Jahresbericht für 1926 ist zu entnehmen: Die Ende Januar veranstaltete Hygiene-Ausstellung wurde von über 3000 Besuchern besichtigt, wobei sieben ärztliche Führungen stattfanden. Um Gelegenheit zu bieten, sich in der ersten Hilfeleistung auszubilden, wurden zwei Lehrkurse abgehalten, woran sich 43 Personen beteiligten. Infolge Anschaffung von Gerätschaften und dergleichen sah sich die Kolonne veranlaßt, einen Geräteschuppen zu bauen. Der Wert des gesamten Inventars beläuft sich auf 3034,08 Mark, davon entfallen auf Krankenpflegeartikel 235,45 Mark. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1926 57 Mitglieder. Zugang 20, Abgang 13 Mitglieder. Bestand am 31. Dezember 1926 64 Mitglieder, davon 43 männliche, 14 weibliche, sieben jugendliche. Aktive Mitglieder 60, passive vier. Ausgebildet sind 62, als Betriebssamariter tätig zehn. 27 Mitglieder besitzen eigene Verbandskasten, 36 Taschenapotheken. Erste Hilfe wurde geleistet in 1067 Fällen, darunter 194 Betriebsunfälle. Krankentransporte sind ausgeführt 92, davon zum Arzt elf, nach der Wohnung 46 und ins Krankenhaus 35. Krankenwachen wurden gestellt 54 mit 484 Stunden. In 118 Fällen sind Krankenpflegeartikel ausgeliehen in 5296 Tagen. Dienstwachen wurden geleistet 104 mit 296 Samaritern und 26 Samariterinnen in 320 Stunden. Sämtliche Leistungen der Kolonne werden kostenlos ausgeführt. Unfallmeldestellen besitzt die Kolonne vier. Die Kasse weist eine Einnahme von 2320,36 Mark auf, demgegenüber steht eine Ausgabe von 2154,67 Mark.

Falkenberg. Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Nicht bloß bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Liebenwerda, sondern bei allen Krankenkassen im Deutschen Reiche sind die Ausgaben, durch Erhöhung der Aerztegebühren, vermehrt worden. Vermehrte Ausgaben bedingen vermehrte Einnahmen. Deshalb sollen die Beiträge auf 7½ Prozent des Grundlohnes erhöht werden, die dadurch gesteigerten Einnahmen werden der Kassenverwaltung auch nur die Möglichkeit geben, den gestellten Ansprüchen so recht und schlecht genügen zu können. — Manch einer fragt sich, kann die Beitragserhöhung getragen werden? Keiner aber wird sich mit einer Herabsetzung der baren Leistungen des Krankengeldes befreunden wollen. Das ausgezahlte Krankengeld erhält die Kaufkraft des Kranken, hat also auch volkswirtschaftliche Bedeutung. Gewiß kann es auch möglich sein, daß der Arzt jetzt, nachdem die einzelnen Leistungen besser bezahlt werden, manche Bestellung zur Sprechstunde usw. unterläßt, weil eben auch bei weniger Geschäftigkeit ein standesgemäßes Einkommen erzielt wird. Wünschenswert wäre, wenn die Aerzte den Kranken nicht bloß als Objekt medizinischer Behandlung betrachteten. Kann er nicht die Quelle der Krankheiten, die Nahrungssorgen, das soziale Elend erkennen und gemeinsam mit den Organisationen des Versicherten, den freien Gewerkschaften, dagegen ankämpfen.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 22. Januar 1927.

Ueberlastung der Fernbahn Merseburg—Dürrenberg

Durch die Einstellung vieler neuer Arbeitskräfte im Leunawerk sind seit einiger Zeit die Früh- und Abendwagen der elektrischen Straßenbahn vollkommen überfüllt, trotzdem die Betriebsgesellschaft dem stärkeren Verkehr durch Mehreinstellung von Anhänge-, Vor- und Zwischenwagen Rechnung getragen hat. Die Gesellschaft beabsichtigt nun, noch mehrere große Anhängewagen zu beschaffen, doch dauert deren Lieferzeit mehrere Monate. Eine weitere Einstellung von Betriebswagen scheitert, wie die Betriebsgesellschaft mitteilt, an der Kraftversorgung.

Von den Blancke-Werken. Die kürzlich stattgefundene Gläubigerversammlung hat eine endgültige Entscheidung über die Fabrik nicht gebracht. Es wurde dabei festgestellt, daß die Hauptschuld an dem Niedergange mehr bei der Hauptverwaltung in Berlin als bei der Leitung der hiesigen Fabrik liegt. — Von der Belegschaft sind bis jetzt nur etwa 70 Mann erst wieder im Betrieb tätig, in der Hauptsache Mechaniker, die für das Leunawerk Meßapparate bauen, vereinzelt auch Dreher und Schlosser. — Ein anderer Teil der durch die Schließung brotlos gewordenen Arbeiter hat im Leunawerk und einige auch in anderen Werken ein Unterkommen gefunden. — Ueber die Hälfte aber müssen dank der seltsamen Geschäftsführung heute noch stempeln gehen. — Hoffentlich fällt die endgültige Beschlußfassung möglichst bald.

Landkreis Merseburg. Das Krankenauto des Landkreises steht ab 21. Januar den Kreiseingesessenen wieder zur Verfügung.

Dürrenberg. Die Grippe hat hier die gesamte Wirtschaftsschule des Metallarbeiterverbandes außer Betrieb gesetzt, weil Schüler und Lehrer von ihr gezackt worden sind. Man hofft mit einem Verlust von etwa vier Tagen auszukommen, um die der jetzige Kursus dann verlängert werden muß.

Jugendbewegung.

Mitteilung der Bezirksleitung.

Wir bitten die Ortsgruppen, welche die Berichtsbogen vom 4. Quartal noch nicht eingesandt haben, sie spätestens bis zum Dienstag, den 25. Januar, einzusenden. **Die Bezirksleitung.**

Delitzsch. Sonntag, 23. Januar, Wanderung. Dienstag, 25. Januar, Diskussions- und Frageabend. Freitag, 28. Jan., Vortrag. Sonnabend, 29. Januar, III. proletarischer Dichterabend. Sonntag, 30. Januar, Wanderung; abends 8 Uhr Lichtbildervortrag im Jugendheim.

Eilenburg. Sonntag, 23. Januar, Unterhaltungsabend. Montag, 24. Januar, Sprechchor. Mittwoch, 26. Januar, Monatsversammlung. Freitag, 28. Januar, Esperantokursus.

Eisleben. Sonntag, 23. Januar, Diskussionsabend. Donnerstag, 27. Januar, Arbeitsabend. Sonntag, 30. Januar, Heimabend.

Halle. Sonntag, 23. Januar, Halbtagsfahrt. Montag, 24. Januar, Turnen. Donnerstag, 27. Januar, Musikstunde. Freitag, 28. Januar, Salzer-Abend.

Helbra. Sonntag, 23. Januar, vorm. Jugendtagung, nachm. Kundgebung, abends Jugend- und Volksabend. Dienstag, 25. Januar, Fragekastenabend. Mittwoch, 26. Januar, Bastelabend. Donnerstag, 27. Jan., Volkstanzabend.

Merseburg. Sonntag, 23. Januar, Fahrt. Dienstag, 25. Januar, Vorstandssitzung. Freitag, 28. Januar, Jahreshauptversammlung. Sonntag, 30. Januar, Lichtbilderabend.

Schkeuditz. Sonntag, 23. Januar, Heimabend. Mittwoch, 26. Jan., Diskussionsabend. Sonntag, 30. Januar, Heiterer Abend (½8 Uhr). Mittwoch, 2. Februar, Versammlung.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Harz 42/44.

Billig aber gut

Bettstellen in Holz und Metall

Metall-Bettstellen mit Patentmatratze 15.- 17.- 20.- 24.- 26.- 28.-
Holz-Bettstellen 20.- 25.- 28.- 33.- 36.- 40.-
Stahldraht-Matratzen 8.50 11.- 15.- 17.-
Echte Patentmatratzen 20.- 25.- 29.-
Auflege-Matratzen 3teilig m. Keil 15.- 19.- 22.- 25.- 28.- 34.- 37.- 42.-, einfache 12.-
Kinder-Bettstellen 15.- 17.- 21.- 24.- 28.- 34.- usw.
Matratzen dazu 7.75 9.- 11.- 12.- 13.- usw

Bettenhaus **Bruno Paris**
Kl. Ulrichstr. 2, Eingang Kanzleigasse
2 Minuten vom Markt
394

Peddigrohr-Möbel
äußerst billig.
Teilzahlung ohne Aufschlag
HEIL
Jägerplatz 17
154

Ufa-Theater Leipziger Strasse | Ufa | Ufa-Theater Alte Promenade

Maria Corda
Harry Liedtke
in
Madame wünscht keine Kinder!

Der vielgelesene Berliner Zeitroman von Clément Vautel als Film, der durch seine Aufrichtigkeit, seinen graziösen Spott und seinen ernsten Grundgedanken die Welt alarmiert.

Beginn:
Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr

Ben-Hur
Der Welt gewaltigster Film
Auch in der
3. Woche
mit unvermindertem Erfolg

Vorführung:
Werktags wie Sonntags 3 5.40 8.20

Jugendliche haben Zutritt
und zahlen zu den 3-Uhr-Vorstellungen
kleine Preise
297

Cordpantoffel für Frauen 1,25
Plüschpantoffel für Frauen 1,35
mit guter Ledersohle
Fabrik-Verkauf Kl. Ulrichstr. 9
gegenüber Café Freischütz

Neue Gänsefedern
(zu Engros-Preisen) wie sie von der Gans gerupft werden mit allen Daunen à Pfd. Mk. 2,50, bessere 3,—, direkt ab Fabrik dieselben doppelt gewaschen und gereinigt 3,60, Halbdaunen 5,—, ¾-Daunen 6,50, Ia Volldaunen 8,75, 10,50. Gerissene Federn mit Daunen 3,50 und 4,25, sehr zart und weich 5,25, 5,75, Ia 7,50. Versand per Nachnahme, ab 5 Pfund portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück! 143
Frau **A. Wodrich**, Gänsemastanstalt, Neu-Trebbin (Oderbruch) 57.

Für die in **Halle und Umgegend** wohnenden Mitglieder der **Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna** findet die Auszahlung des Krankengeldes von jetzt ab jeden **Freitag nachmittag** im Verwaltungsgebäude der

Allgem. Ortskrankenkasse Halle, Kl. Klausstr.

statt, und zwar **nur** in folgender Reihenfolge:
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben A bis G von 2—3 Uhr nachm.,
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben H bis M von 3—4 Uhr nachm. und
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben N bis Z von 4—5 Uhr nachm.

Das Erscheinen **vor** den angegebenen Zeiten ist zwecklos.

Mitglieder, die von auswärts sind und die Eisenbahn benutzen müssen, werden bevorzugt abgefertigt.

Zu beachten ist, daß der behandelnde Arzt im Krankenschein die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt haben muß. 386

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna (Kr. Merseburg).

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Das steigende Verlangen
nach P.K.-Kau-Bonbons beweist ihre Beliebtheit in allen Kreisen. Stets reiner Mund und dauernd angenehm duftender Atem. Der reiche Speichelfluss beim Kauen ist den Zähnen zuträglich und hilft der Verdauung. G. H. 2
Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!
WRIGLEY P.K. KAU-BONBONS
WRIGLEY A.G. FABRIK: FRANKFURT A. M.

Inventur-Ausverkauf

Beginn: Freitag, den 21. Januar, nachmittags 2 Uhr

Meine Leistungen in bezug auf das Gebotene zu den niedrigen Preisen sind bekannt — Auch dieses Mal bringe ich Außergewöhnliches

Merseburg — Paul Ehlert Nfg. — **Merseburg**

388

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0008

Gewerkschaftliches.

Ueberall Rückgang der KPD.

Auch in Halle muß ihr Einfluß schwinden!

Hamburg, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Trotz erheblicher Anstrengungen, die die Kommunisten bei der Neuwahl der Delegiertenkörper und Vertreterversammlungen der Hamburger Gewerkschaften gemacht haben, ist für sie bis jetzt kein Erfolg zu verzeichnen gewesen. In einigen Gewerkschaften haben sie sogar noch an Einfluß verloren, so beispielsweise im Metallarbeiterverband, wo in den letzten drei Tagen die Wahlen zur Vertreterversammlung stattgefunden haben. Obgleich die Zahl der zu wählenden Vertreter für 1927 größer ist als im Vorjahre, blieb doch die Zahl der gewählten Kommunisten hinter der des Vorjahres erheblich zurück. Auch im Fabrikarbeiterverband waren alle Anstrengungen der KPD. vergeblich. Es gelang ihnen, in einzelnen Bezirken des Großhamburger Gebiets unbedeutende Teilerfolge zu erzielen, die aber durch Niederlagen in anderen Stadtteilen vollkommen wettgemacht wurden. Schon jetzt läßt sich auf Grund der bisher vorliegenden Wahlergebnisse feststellen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben Großhamburgs keinen großen Anhang mehr besitzen.

*

Es liegt nur an unseren Freunden, den Einfluß, den die Kommunisten, die sich zur Täuschung der Massen in den Gewerkschaften den harmloser klingenden Titel „Opposition" beilegen, in manchen Ortsverwaltungen im hallischen Bezirk ausüben, zu beseitigen. Auch

die Metallarbeiter in Halle

sollten morgen, Sonntag, diese Gelegenheit wahrnehmen, indem sie Mann für Mann zur Wahl der Ortsverwaltung gehen und für die

Liste Gröbel

ihre Stimme abgeben.

Der Abbau bei der Reichsbahn.

Die Werksdirektoren des Reichs sind zur Besprechung der Frage des Werkstättenabbaus bei der Reichsbahn zu einer Besprechung mit der Hauptverwaltung nach Berlin gebeten worden. Im Anschluß daran finden Verhandlungen der Hauptverwaltung mit dem Hauptbetriebsrat statt. Die Gewerkschaften sind zu einer Besprechung über die Abbaufrage von der Hauptverwaltung noch nicht eingeladen worden; allerdings ist, wie wir hören, mit einer Fühlingnahme der Hauptverwaltungen mit den Organisationen zu rechnen.

Unangenehme Berichte.

Das Reichsversicherungsamt hat über die Jahresberichte der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaften die Zensur verhängt, weil die Darstellungen verschiedener Gewerbeaufsichtsbeamten etwas gründlich unter die Lupe genommen und verschiedene Fälle scharf kritisiert worden waren, wo die Gewerbeaufsichtsbeamten die Schuld den Verletzten und nicht den Betriebsleitungen zugeschrieben hatten. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in einem Schreiben an das Reichsversicherungsamt energisch gegen diese Zensur aufgelehnt. Das Reichsversicherungsamt aber zeigt sich bockbeinig. Bei der Besprechung des Etats des Reichsarbeitsministeriums wird deshalb der Reichstag gegenüber diesen merkwürdigen Zensurmethoden ein deutliches Wort sprechen müssen.

Frisierte Berichte sind schlimmer als gar keine. Das haben die Heeresberichte der Kriegszeit gezeigt. Sollten etwa die Kriegsschwindelmethoden nun auch auf die Berichte über die Vorgänge auf dem Schlachtfelde der Arbeit übertragen werden?

Der Ueberstundenskandal.

Der Ortsausschuß des ADGB. Magdeburg hat für die Zeit vom 13. bis 18. Dezember eine Umfrage über die Ueberstundenleistungen veranstaltet. Erfaßt wurden 538 Betriebe, darunter 400 Kleinbetriebe und 120 industrielle Betriebe. Das Ergebnis der Umfrage ist geradezu erschreckend. In einer Woche wurden in 538 Betrieben mit 11 603 beschäftigten Arbeitern 49 945 Ueberstunden geleistet. Wohlgemerkt Ueberstundenarbeit, die über die tarifliche Arbeitszeit von 53 bzw. 54 Stunden der Woche hinausgeht. Die Gesamtzahl der über die 48stündige Arbeitswoche hinaus geleisteten Ueberstunden würde für 11 603 beschäftigte Arbeiter 107 960 betragen.

Wo bleiben da die Gewerbeaufsichtsbeamten? Wo bleibt der Staatsanwalt? Was sagt der Reichsarbeitsminister zu diesem Skandal?

Hallische Gewerkschaftsbewegung.

Die Buchdrucker mißbilligen den Schiedsspruch.

In einer außergewöhnlich stark besuchten Mitgliederversammlung im „Volkspark" nahmen gestern abend die hallischen Buchdrucker Stellung zu den Lohnverhandlungen und dem vom Zentralschlichtungsamt gefällten Schiedsspruch. Den Bericht erstattete der Gehilfenvertreter und Gauvorsteher König. Er verwies auf das absolut ablehnende Verhalten der Prinzipalsvertreter, die heute zum größten Teil aus Juristen beständen und ganz in den Bahnen der reaktionären Politik der deutschen Arbeitgeberverbände wandeln. Auch das Zentralschlichtungsamt habe die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung verneint, besonders aber im Hinblick auf den Ende März ablaufenden Manteltarif. Es entsteht nun die Notwendigkeit, bei dieser Gelegenheit erneut Forderungen auf Erhöhung des Lohnes anzumelden.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Berichterstatters einverstanden und nahm nachstehende Entschließung einstimmig an:

„Die am 21. Januar 1927 stattfindende zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Halle des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt Kenntnis von den stattgehabten Lohnverhandlungen in Berlin. Sie spricht ihre schärfste Mißbilligung aus über das Verhalten der Prinzipale im Buchdruckgewerbe wie auch über das Verhalten des zentralen Schlichtungsamtes angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, da auch ihnen nicht unbekannt sein kann, daß die Preise für alle Lebensbedürfnisse, besonders vom Zeitpunkt der letzten Lohnfestsetzung, in rapidem Maße gestiegen sind. Sie erwartet von ihren Verbandsinstanzen, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die Lohnfestsetzung der bestehenden und noch bevorstehenden Verteuerung anzugleichen. Sie erwartet von allen Kollegen, daß sie den Ernst der Situation entsprechend würdigen und alle ihre Maßnahmen dementsprechend treffen."

Einem Aufruf des Verbandsvorstandes entsprechend, erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß ab 5. Februar ein Extrabeitrag von 50 Pf. erhoben wird, um einen Kampffonds anzusammeln.

Unruhe im Friseurgewerbe.

Die Ortsverwaltung Halle und die Gauleitung des Arbeitnehmerverbandes für das Friseur- und Haargewerbe hatten zum Montag, dem 17. Januar, nach dem „Schwarzen Bär" zu einer öffentlichen Versammlung einberufen. Gauleiter Pacher referierte über die Berufsentwicklung. Er führte den Beweis, daß die hallischen Meister die niedrigsten Löhne bezahlen. Die Bestrebungen der Selbständigen, die Sonntagsruhe zu beseitigen, gleichzeitig aber auch die Arbeitszeit eine Stunde zu verlängern, lösten allseitige stürmische Entrüstung aus. Allgemein herrschte die Auffassung, daß sich die hallische Friseurinnung immer mehr zu einer Gesellschaft für Wiederherbeiführung vorsündflutlicher Arbeitszeiten entwickelt. Zum Schluß der mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, welche bekundet, daß die Arbeitnehmer keinesfalls gewillt und bereit sind, auch nur eine ihrer so mühsam erkämpften Errungenschaften preiszugeben. Die Behörden werden ersucht, auf die reaktionären Anschläge der Innungsmeister zu achten und diesen entgegenzutreten. Ferner wurde beschlossen, den zurzeit bestehenden Lohn- und Manteltarif zu kündigen und für entsprechende Verbesserungen einzutreten. Die gesamte Arbeitnehmerschaft des Friseur- und Haargewerbes erklärt, den ihr auf diese Art aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und nicht früher zu ruhen, bis sie den entscheidenden Erfolg errungen hat. Selbst das äußerste und schärfste gewerkschaftliche Kampfmittel, der Streik, soll aufgenommen werden. Sie appellieren an die Solidarität der hallischen Arbeiterschaft und erwarten deren Unterstützung, indem ersucht wird, in Friseurgeschäften die Gehilfen nach der Verbandslegitimation zu fragen.

Vertrauensvotum für den Generalrat.

Mit Dreiviertelmehrheit.

London, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände hat am Freitag die Verhandlungen mit einem Vertrauensvotum für den Generalrat beendet und im Namen der großen Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft Englands die Behauptungen der Bergarbeiter entkräftet, daß der Generalrat die Bergarbeiter im Mai 1926 im Stiche gelassen hätte. Es stimmten für den Generalrat die Vertreter von 2 840 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, gegen den Bericht 1 095 000. Gegen den Generalrat stimmten außer den Bergarbeitern die Holzarbeiter und die im Handel angestellten Arbeiter.

Der Abstimmung ging eine große Aussprache voraus, in der Citrine mit seiner außerordentlich geschickten Verteidigung des Generalrats auch auf den linken Flügel großen Eindruck gemacht hatte. In der Debatte sprachen die Führer beinahe aller großen Gewerkschaften. In seiner abschließenden Rede forderte der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Hicks, dessen Mäßigung im ganzen Verlauf der Verhandlungen Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen war, die Delegierten auf, dem regen Appell verschiedener Redner Folge zu leisten, die Vergangenheit begraben sein zu lassen und sich nunmehr der Aufgabe des Wiederaufbaues der Gewerkschaften zu widmen.

Sport und Spiel.

Arbeitersport — Arbeiterjugend.

Die letzte Kreisvertreterkonferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig hat einen Beschluß gefaßt, der die Möglichkeit bietet, Sportabteilungen der „Sozialistischen Arbeiterjugend" und der freien Gewerkschaftsjugend als selbständige Vereine in die Ortskartelle bzw. den Bund aufzunehmen, oder den Bundesvereinen wenigensts gestattet, Freundschaftsspiele gegen solche Jugendmannschaften auszutragen. Dieser Beschluß stößt in der Arbeitersportbewegung selbst auf scharfen Widerstand. So wurde auf dem Kreisspartentag der Wassersportsparte im 6. Kreis (Rheinland-Westfalen) in Elberfeld mit großer Mehrheit eine Entschließung gefaßt, die die Beschlüsse der Kreisvertreterkonferenz verurteilt und ihre Aufhebung verlangt. Es gab eine scharfe Diskussion, in der die unmöglichsten Argumente gegen den Bundesbeschluß laut wurden. Offiziell gab die Entschließung für die geforderte Aufhebung des Beschlusses die Begründung, „daß durch den Beschluß der Kreisvertreter 1. den politischen Streitigkeiten innerhalb des Bundes Tür und Tür geöffnet, und 2. den Spaltungsabsichten Vorschub geleistet wird."

Man muß schon aktiv in beiden Zweigen der Arbeiterbewegung — Sport- und Jugendbewegung — tätig sein, um den ganzen Unsinn dieser Begründung erfassen zu können. Es gilt, unsere Sportgenossen endlich zur Beurteilung derartiger Fragen nach taktischem Gesichtspunkt zu erziehen. In Elberfeld hat Genosse Biegel vom Bundesvorstand mit wenigen anderen Genossen versucht, den Delegierten der Wassersportsparte den Beschluß der Kreisvertreter als taktische Notwendigkeit verständlich zu machen. Vergeblich. Die Entschließung kommt selbstverständlich von kommunistischer Seite. Von kommunistischen Sportgenossen hörte man in der Diskussion, daß „ein solcher Beschluß die jetzigen Gewerkschaftsführer und die SPD. veranlassen werde, überall Jugend-Sportabteilungen zu bilden, nur um die Jugend in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Die Jugendlichen, wenn sie wirklich Sozialisten seien, sollten zur Arbeiterbewegung kommen, oder aber — gehen, wohin sie wollen!" Damit gewinnt man entschieden die Jugend!

Sehen wir doch die Dinge, wie sie sind. Gewerkschaften und Arbeiterjugend sind sich bei ihrem Beschluß zur Einführung von Jugendsportabteilungen klar darüber gewesen, daß sie damit nicht nur sich selbst, **sondern vor allem auch der Arbeitersportbewegung dienen.** Tatsache ist doch, daß Jugendliche in der Gewerkschaftsbewegung und in der politischen Jugendbewegung — die kommunistische eingeschlossen — noch lange nicht Sozialisten sind, sondern Sozialisten werden sollen. Außerdem kommt es darauf an, die schulentlassene Jugend in einem möglichst hohen Prozentsatz für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, um sie sozialistischen Idealen zugänglich zu machen. Das geschieht zunächst in den politischen Organisationen und in den Gewerkschaften. Aber mit rein geistiger Arbeit, geselligen Abenden und Wanderungen allein fesselt man die Jugend auf die Dauer nicht. Sie will auch den Sport. Vielfach nicht in so intensiver Form, wie ihn die Arbeitersportorganisationen betreiben. Aber der Sport ist ein Faktor geworden, der der sozialistischen Arbeiterbewegung neue Jugendliche zuführt und erhält. Die Jugendlichen lehnen zu einem großen Teil den Anschluß an die Arbeitersportbewegung ab. Auf dieser Tatsache haben wir unsere Arbeit als Sportler taktisch einzustellen, um diese sporttreibenden jungen Arbeiter dennoch für die Arbeitersportbewegung zu erfassen und ihre sportliche Tätigkeit als Arbeitersportler wenigstens zu kontrollieren. Die Erkenntnis, daß wir Wert legen müssen auf eine möglichst weitgehende Erfassung der Jugend im sportlichen Sinne überhaupt, dürfte unsere Kreisvertreter zu ihrem Entschluß geführt haben.

Die Arbeitersportler dürfen sich nicht immer von Mißtrauen gegenüber ihren Bruderorganisationen leiten lassen. Wo es gilt, für die eine Organisation durch die andere Vorteile herauszuholen, soll man sich taktischen Notwendigkeiten nicht entziehen und davon ausgehen, was für die Gesamtbewegung das Nützlichste ist. Dieser Fall liegt bei der Frage der Sportabteilungen der politischen und gewerkschaftlichen Jugendbewegung vor. Eine Ablehnung durch die Arbeitersportbewegung würde der Gesamtbewegung außerordentlich schaden und den Arbeitersportlern keinen Nutzen bringen.

K. Dahl (Köln).

Internationale Wettkämpfe der Arbeiter-Wintersportler.

In Dessendorf im Isergebirge (Tschechoslowakei) fanden am 15. und 16. Januar die ersten internationalen Wettkämpfe der Arbeiter-Wintersportler statt. Außer dem deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverband in der Tschechoslowakei und dem Prager tschechischen Verband nahmen an den Wettkämpfen Genossen aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn teil. Die Finnen, die ebenfalls angemeldet waren, blieben aus; den Russen hatte die tschechoslowakische Regierung die Einreise verweigert. Der Begrüßungsabend wurde zu einer schönen Kundgebung internationaler Verbundenheit der Arbeitersportler. Besonders freudige Aufnahme fanden die Genossen aus dem reaktionären Ungarn.

Zum 15-Kilometer-Lauf der Sportler traten 37 Läufer an, darunter sechs aus Deutschland. Der beste Läufer brauchte 1 Std. 8,5 Min. Am 30-Kilometer-Lauf beteiligten sich elf Läufer, darunter ein Deutscher. Das beste Ergebnis war 2 Std. 59 Min. 35 Sek. 6-Kilometer-Lauf der Sportlerinen: elf Genossinnen, darunter eine aus Deutschland; bester Lauf 30 Min. 50 Sek. Bei den Mannschaftswettläufen siegten die Wiesenthaler über 6 Kilometer in 22 Min. 10 Sek. Den 4-Kilometer-Lauf der Sportlerinnen gewannen die Marienbergerinnen in 15 Min. 29 Sek.

Wettschwimmen als Touristenfang.

Die dänische Kattegat-Insel Läsö hat kaum einen Reiz, mit dem sie aufwarten kann. Infolgedessen hat der nordische Touristenstrom bisher sie stets in großem Bogen umgangen. Jetzt soll eine Zugkraft für die Insel geschaffen werden. Der Verkehrsverein beabsichtigt im Juli ein Dauerschwimmen von Jütland nach Läsö, über eine Entfernung von rund 30 Kilometer durch das Kattegat, zu veranstalten, um auf diese Weise Propaganda entfalten zu können. Lockende Geldpreise sollen die bekannten Langstreckenschwimmer ködern. Schon wird hinausposaunt, daß sich die bürgerlichen Größen wie Vierkötter, der deutsche, und Michel, der französische Kanalschwimmer, beteiligen werden. Man kann den Sport auch so zum Reklamegeschäft herabwürdigen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"

Die Radfahrer-Jugend. Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" hat soeben ein flottgeschriebenes Heftchen „Die Jugendpflege-Organisation" herausgegeben, das einen interessanten Ein- und Ueberblick über den Aufbau der Organisation und die Ziele, die der Bund mit seiner Jugendbewegung erstrebt, gewährt. Zunächst werden die Gründe und Grundsätze der Radfahrer-Jugendpflege dargelegt und dann die Organisation in ihren einzelnen Ausschüssen vorgeführt. Den Abschluß bilden Arbeitspläne, Beschäftigungsmittel und ein Umriß der Pflichten der Jugendlichen und Erwachsenen.

Rundfunk-Programme

Leipzig (Welle 357,1).

Sonntag: 8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 bis 11.30 Uhr: „Welchen Beruf wähle ich?" a) Berufsschuloberlehrer C. Döring (Chemnitz): „Was muß ich wissen, wenn ich Schneiderin werden will?" b) Studienrat Ing. Fricke (Chemnitz): „Der Beruf des Maschinenbauers." 11.30 bis 12 Uhr: „Elternfürsorge und Kindheit der Tiere." Prof. Dr. Hempelmann: „Brutpflege bei den niederen Wirbeltieren." 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde. 3.30 Uhr: Funkheinzelmann. 4.30 bis 6 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Steuerrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: „Die deutsche Wirtschaft." Dr. M. M. Behm: „Die verarbeitende Industrie." 7.30 bis 8 Uhr: „Die Relativitätstheorie im Weltbilde der Gegenwart." Dr. Becker: „Die mechanischen und optischen Grundlagen." 8.15 bis 10.30 Uhr: Josef-Lanner-Abend. 10.30 Uhr: Sportfunk. 11 bis 12 Uhr: Moderne Tanzmusik.

Montag: 12 Uhr: Schallplattenkonzert. 12.50 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 12.55 Uhr: Neuener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 1.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft. 3.25 Uhr: Berliner Devisen und Produkten. 3.30 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4 Uhr: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und laufende Produktenbörse. Berliner Butter und Metalle. 4.10 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft und Londoner Metalle. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 5.15 Uhr: Mitteilungen fürs Haus und Verkehr. 6 Uhr: Letzte Notierungen. 6.05 bis 6.30 Uhr: Mitteilungen des Deutschen Landwirtschaftsrates. 6.30 bis 7 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 7 Uhr: Schnee- und Wetterdienst. 7.30 Uhr: Uebertragung von Berlin (s. Königswusterhausen). 10.35 Uhr: Presseberichte und Sportfunk. 10.45 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Sonntag: 9 Uhr: Morgenfeier. 11.30 bis 12.50 Uhr: Platzmusik. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.10 Uhr: Die Stunde der Lebenden. 2.30 Uhr: Herbert Rosen: „Die große amerikanische Postwertzeichenausstellung." (Anschließend: Neuheitenmeldung.) 3 Uhr: Direktor Willy Hamm: „Die gesetzliche Regelung des Handels mit Futtermitteln." 3.30 Uhr: Der Funkheinzelmann erzählt. 4.30 bis 6 Uhr: Ette-Kammerorchester. 8.30 Uhr: Kunterbunt. 10.30 Uhr: Tanzmusik.

Montag: 2.30 bis 3 Uhr: Was bringt die landwirtschaftl. Woche in Berlin für die Landfrau? (Reichsverband landwirtschaftl. Hausfrauenvereine.) 3.30 bis 4 Uhr: Ob.-Stud.-Dir. Hildebrandt: „Die neue Schule: Schule und Außenwelt." 4 bis 4.30 Uhr: B. K. Graef: „Die Kunst des Sprechens." 4.30 bis 5 Uhr: Dr. Klopfer: „Erziehungsberatung." 5 bis 6 Uhr: Schachfunk (E. Nebermann). 6 bis 6.30 Uhr: Frh. von Richthofen: „Düngerfragen." 6.30 bis 7 Uhr: Englisch für Anfänger. 7 bis 7.30 Uhr: Dipl.-Hdl. Dr. Wieg und Katthain: „Spezielle Buchhaltungslehre." 7.30 Uhr: Uebertragung aus der Staatsoper: „Othello", Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzorchester Ette.

Schachecke.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Halle.

Partie Nr. 7.

Philidors Springerspiel.

Paris, Oktober 1858.

	Weiß Morphy.	Schwarz Herzog v. Braunschweig, u. Graf Isouard.
1.	e2 — e4	e7 — e5
2.	S g1 — f3	d7 — d6
3.	d2 — d4	L c8 — g4
4.	d4 × e5	L g4 × f3
5.	D d1 × f3	d6 × e5
6.	L f1 — c4	S g8 — f6
7.	D f3 — b3	D d8 — e7
8.	S c1 — c3	

Morphy ist über das Stärkeverhältnis im Klaren, welches zwischen ihm und seinen Gegnern obwaltet. Er hat vollkommen Recht, daß er den Damentausch nicht zuläßt und den Bauer b7 nicht schlägt.

Jeder Figurentausch ist eine große und unnötige Erleichterung für den Schwächeren, der bei einer Komplikation oder bei vollem Brette überall Gespenster sieht und den Kopf verliert.

8.	......	c7 — c6
9.	L c1 — g5	b7 — b5

Besser war D c7. Der Textzug gibt Morphy Gelegenheit zu einer tiefdurdachten höchst eleganten Opferkombination mit überraschend schönen Schlußeffekt.

10.	S c3 × b5	c6 × b5
11.	L c4 × b5 +	S b8 — d7
12.	0 — 0 — 0	T a8 — d8
13.	T d1 × d7	

Morphy befindet sich in seinem Fahrwasser. Die brillanten Opferwendungen gestalten die Partie zu einer der schönsten, die je gespielt wurde.

13.		T d8 × d7
14.	T h1 — d1	D e7 — e6?
15.	L b5 × d7 +	S f6 × d7
16.	D b3 — b8 +!	S d7 × b8
17.	T d1 — d8 +	

(Aus dem Morphybuch).

Berichtigung. Problem Nr. 8 von S. Loyd fehlt Matt in 2 Zügen.

Lösungen sind zu richten an Otto Lange, Halle, Hirtenstraße 8

MAGGI's Würze
die ausgiebigste
deshalb
die billigste!
378

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0009

Blatt der Frau.

Das neue russische Ehegesetz.

Vor einem Jahre ist in Sowjetrußland wieder ein neuer Entwurf für ein Ehegesetz vorgelegt worden, der besonders auf den Widerstand der Frauen auf dem Lande gestoßen ist. Gegenwärtig wird eine Ehe einfach durch Eintragung in das Register geschlossen. Geschieden wird sie nicht auf Grund einer Schuld, sondern durch Uebereinkommen oder lediglich auf Verlangen des einen Ehegatten. Die Zahl der Ehescheidungen ist denn auch prozentual sehr hoch. Eheliche und uneheliche Kinder werden nicht voneinander unterschieden. Außer diesen registrierten gibt es auch noch formlose Ehen, für die es genügt, daß Mann und Frau zusammenleben, gemeinsam erwerben, gemeinsam die Kinder erziehen und den Freunden als Ehepaar gelten. Die Zahl solcher unregistrierten Ehen wird auf ungefähr 70 000 geschätzt.

Die Absicht des neuen Gesetzentwurfs ist nun, den Kindern aus diesen formlosen Ehen besseren Schutz zu gewähren, ebenso dem schwächeren Teil in der Ehe, also der Frau für den Fall, daß die Ehe aufgelöst wird. Diese Absicht wird in der Einleitung zu dem Gesetzentwurf ausgesprochen. Weiter wird gesagt, daß die Tatsache der Eheschließung bei der Registrierung ja doch leichter zu beweisen ist als ohne diese. Sodann werden für das neue Gesetz gesundheitliche Vorsichtsmaßregeln bei der Eheschließung verlangt. Die beiden Ehepartner sollen sich gegenseitig vom guten Gesundheitszustande des anderen Teils überzeugt haben, besonders im Hinblick auf geistige, geschlechtliche und tuberkulöse Erkrankungen. Aehnlich wird ja zum Teil auch in nordischen Ländern die Vorlegung eines Gesundheitsattestes bei der Eheschließung gefordert. Bei diesen Vorschriften ist freilich zu erwägen, ob sie nicht in vielen Fällen lediglich dazu führen werden, daß eben nur ein formloses Zusammenleben erfolgt.

Das neue russische Gesetz will auch eine Heraufsetzung des Heiratsalters für Frauen von gegenwärtig 16 auf 18 Jahre bringen, dem auch für Männer vorgeschriebenen Mindestalter. Endlich soll die auch im deutschen Bürgerlichen Recht vorhandene Bestimmung beseitigt werden, nach der die Frau den Wohnsitz des Mannes teilen muß. Uebrigens sind gegenwärtig die geltenden Vorschriften in den einzelnen Teilen Rußlands keineswegs einheitlich. Weißrußland z. B. kennt keine unregistrierten Ehen. In der Ukraine gilt eine Bestimmung, nach der jeder der beiden Zusammenlebenden ohne Wissen des anderen die Ehe registrieren lassen kann. Der andere Teil kann innerhalb eines Monats dagegen Einspruch erheben. So kann man beispielsweise während einer längeren Reise verheiratet sein, ohne es zu wissen. Bei der Leichtigkeit, eine Scheidung zu erreichen, ist das aber auch nicht allzu bedenklich.

Der Frauenüberschuß ist in Rußland sehr erheblich. Am höchsten ist er in der Altersstufe von 20 bis 29 Jahren, wo immer auf einen Mann zwei Frauen kommen. Bei den früheren und späteren Lebensaltern ist der Unterschied nicht so groß. Man erklärt diese Tatsache aus den Kriegs- und Nachkriegsereignissen.

Die Aegypter ändern ihre Ehe- und Scheidungsgesetze. In dem Bestreben, dem von der türkischen Regierung gegebenen Beispiel zu folgen, wurde in Kairo ein Sonderausschuß zum Studium der religiösen Ehegesetze eingesetzt, der jetzt seinen Bericht veröffentlicht. Darin empfiehlt der Ausschuß, daß es keinem Mann gestattet werden solle, mehr als eine Frau zu haben, und daß jede neue Eheschließung ungültig sein solle, wenn nicht das kirchliche Gericht die Genehmigung zu einer zweiten Heirat erteilt habe. Diese Genehmigung soll davon abhängig gemacht werden, daß diese zweite Ehe die Gewähr biete, daß die erste Frau keine Kürzung ihrer Rechte erfährt. Der Ausschuß spricht sich ferner dahin aus, daß das Gesetz, nach dem die Ehe eines Gatten als geschieden gilt, wenn er dreimal die Worte: „Ich scheide mich von Dir" ausgesprochen hat, aufgehoben werden muß.

Geburtenregelung.

Von Elli Radtke-Warmuth.

Durch die Zeitungen ging vor kurzem die Notiz von dem Manne, der glücklicher Vater der größten Familie der Welt ist. Er lebt in Neuyork, heißt Thomas B. Parker und hat vor einiger Zeit im Kreise seiner „engsten" Familie, die nicht weniger als 658 Köpfe zählt, seinen 90. Geburtstag gefeiert. Diese stattliche Nachkommenzahl verdankt Parker allerdings fünf verschiedenen Ehefrauen. Er soll sich, Zeitungsnachrichten zufolge, in wohlgeordneten Verhältnissen befinden, so daß er allem Anschein nach seine zahlreichen Sprößlinge auch selbst ernährt hat.

Diese Erzeugerproduktivität erinnert an andere ähnliche Glanzleistungen, bei denen aber das Bild für die Allgemeinheit schon ganz anders aussieht. In einem soeben erschienenen Buche „Die neue Mutterschaft" mit dem Untertitel „Geburtenregelung als Kulturproblem" von Margaret Sanger, einer amerikanischen Sozialistin, führt die Verfasserin den — gründlich untersuchten — Fall eines Mannes namens Jukas an, von dem im Laufe von 75 Jahren rund 1200 Abkömmlinge geboren wurden. Von diesen waren 130 Landarme, die insgesamt 2300 Jahre in Armenhäusern verbrachten, 50 Prostituierte, 7 Mörder, 60 Gewohnheitsdiebe und 130 gemeine Verbrecher. Aehnliche Fälle einer starken Vermehrung von geistig und gesundheitlich Minderwertigen gibt es in allen Ländern in großer Zahl. Sie sind der schlagendste Beweis dafür, daß eine ungeminderte Fortpflanzungsmöglichkeit nicht im Interesse der Gesellschaft liegt.

Man braucht jedoch nicht einmal zu solchen krassen Beispielen zu greifen, um die Notwendigkeit einer bewußten, sinngemäßen Geburtenregelung zu beweisen. Diese Notwendigkeit drängt sich ganz zwangläufig auf in Anbetracht der in fast allen Ländern gleichen überaus schlechten wirtschaftlichen Lage der gesamten arbeitenden Bevölkerung, der allgemeinen Arbeitslosigkeit, unseres ungeheuerlichen Wohnungselends und aller anderen sozialen Schäden unserer Zeit. Die hohen Sterblichkeitsziffern der Säuglinge und Kleinkinder, das Elend der mit Geburten überlasteten Arbeiterfrauen, die mit schwangerem Leibe den Pflichten des Haushalts, der Kindererziehung und Erwerbsarbeit nachkommen müssen, sprechen eindringlich genug für größeres Verständnis gegenüber dieser Frage. Die Zahl der Abtreibungen wird in Deutschland auf jährlich etwa eine halbe Million geschätzt. Man ist — mit Recht — entsetzt über diese hohe Zahl. Sie ist jedoch ein deutliches Zeichen dafür, daß die Kenntnis der Empfängnisverhütung noch immer nicht weit genug verbreitet ist. In Deutschland ist zwar der Verkauf der empfängnisverhütenden Mittel nicht verboten, wohl aber ihre Anpreisung und Ausstellung. So kommt es, daß weite Kreise der Bevölkerung und zwar ausschließlich die unteren, sozial schon ohnehin herabgedrückten Klassen, noch ganz im unklaren über die wirksamen verhütenden Mittel sind. Die Folge ist, daß alljährlich Hunderttausende von armen Frauen verzweifelt zum letzten Mittel, zur Abtreibung, die eine ungeheure Verschwendung von Frauenkraft und -gesundheit bedeutet, greifen, oder wieder ein weiteres ungewolltes Kind zur Welt bringen und damit zu weiterer hoffnungsloser Verelendung, Zerrüttung der Ehen und allgemeiner Senkung des Kulturniveaus beitragen.

Trotzdem gibt es immer noch weite Kreise, die sich diesen Erkenntnissen aus irgendwelchen Gründen verschließen und der Frage der willkürlichen Geburtenregelung ablehnend gegenüberstehen. Für sie alle ist das Buch „Die neue Mutterschaft" der Amerikanerin Margaret Sanger (deutsche Uebersetzung von Regina Deutsch, Sybillen-Verlag in Dresden, broschiert 2,80 Mk.) geschrieben, das eingehend alle Fragen behandelt, die für eine bewußte Geburtenregelung im Sinne der Behebung sozialer und kultureller Schäden sprechen. Die Verfasserin hat in jahrzehntelanger Tätigkeit als soziale Fürsorgerin in den Elendsquartieren von Neuyork die Nöte des Proletariats kennengelernt, die ja in allen Ländern unter dem Zeichen des Kapitalismus die gleichen sind. In der Erkenntnis, daß allzu große Fruchtbarkeit das Elend der Familien unter den heutigen Verhältnissen notwendigerweise vergrößert, hat sie verzweifelten Frauen zur Empfängnisverhütung geraten und ist nach den Gesetzen ihres Landes dafür verfolgt und bestraft worden. Die Schrift fordert allgemeine Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Wert der Geburtenregelung, damit ihr Segen auch den besitzlosen Klassen zugute kommt, ferner Einrichtung von Beratungsstellen unter Aufsicht geeigneter Aerzte, also Kliniken, die nur die Aufgabe hätten, Frauen sachgemäß das Wissen um die Verhütung der Schwangerschaft zu vermitteln. In Holland erfährt die Bevölkerung eine solche Belehrung schon seit 1881 durch Kliniken, Flugschriften und öffentliche Vorträge, und Holland ist das Land mit der geringsten Säuglingssterblichkeit in Europa, ja, Amsterdam und der Haag haben die geringste Säuglingssterblichkeit der Welt. Dagegen ist es eine statistische Regel, daß die Länder mit dem größten Geburtenüberschuß auch prozentual die größten Sterblichkeitsziffern aufweisen.

Wenn nun auch die Geburtenregelung nicht einzig und allein für die Besserung der Lage des Proletariats ausschlaggebend ist, so spielt sie doch eine sehr wesentliche Rolle, die gewiß noch weit mehr in den Vordergrund geschoben werden muß, als es bisher geschieht. Planmäßige Geburtenregelung ist jedoch nicht nur ein Lebensinteresse für die einzelne Familie, sondern bedeutet darüber hinaus für die Gesellschaft die Ersparnis eines Teils der Lasten, die ihr durch die Riesenzahl der in Not und Elend geborenen Minderwertigen und Untauglichen erwachsen. Auch der Zusammenhang zwischen Uebervölkerung und Kriegen darf gerade von unserem Standpunkt aus nicht vergessen werden. Die Notwendigkeit der Geburtenregelung erhellt für uns schon aus der Tatsache, daß die militaristisch eingestellten Kreise ihre schärfsten Gegner sind. So gewinnt das Buch von Margaret Sanger unsere vollste Zustimmung. Es klingt aus in das Hohelied der freiwilligen, also heiligsten Mutterschaft. Nicht „Fabrikware der Natur", sondern kraftvolle, freie Menschen wollen die Mütter unserer Tage ins Leben hinaussenden!

Landwirtschaftliche Ausbildung von Frauen. In England werden gegenwärtig Versuche unternommen, um Frauen in landwirtschaftlicher Arbeit zu schulen und dadurch für die Auswanderung in die zum Teil frauenarmen Dominien vorzubereiten. Die Ausbildung geschieht in der landwirtschaftlichen Schule in Hutton in Lancashire, wo bisher schon Kurse für Geflügelzucht und Milchwirtschaft abgehalten wurden. Jetzt wird die Ausbildung noch durch Hinzunahme von landwirtschaftlichem Unterricht und von Obstzüchterei und Viehzucht erweitert. An dem Unterricht können auch Frauen teilnehmen, die in der heimischen Landwirtschaft tätig sein wollen.

Der Maurerstudent.

17 Roman von Erdmann Graeser.

So wortkarg und ruhig sie sonst gewesen — heute hatte sie heftig und erregt gesprochen — und nun sah sie ihn fast angstvoll an — in Angst vor der Bestätigung:

„Und deshalb haben Sie mich gern — weil ich ein Studierter bin?"

„Also sind Sie einer!"

„Ja — aber ich hab mich nicht glücklich gefühlt, und da hat mir der olle Fittich zu der Stelle verholfen — aber das dürfen Sie niemandem verraten, Lizzie."

„Tue ich auch nich! Und nu wollen Sie als Maurer jlücklich werden?" Sie schüttelte zweifelnd den Kopf. „Hätten Sie man lieber weiterstudiert!"

„Das hätte noch sehr lange gedauert, ehe ich so viel verdient, um standesgemäß leben zu können. Und wenn ich nicht ein sehr tüchtiger Arzt und Jeburtshelfer?" staunte sie. „Na und jetzt?"

„Jetzt spar ich mir so viel zusammen, um im Winter die Baugewerksschule besuchen zu können. Ich will mich allein durchschlagen — meinen eigenen Weg gehen — nach meiner Fasson glücklich werden."

„Ich versteh' schon — Doktor hätten Sie man bloß wegen Ihre Tanten studiert und wegen Ihre Verwandten, daß die Ihnen nich verachtet hätten, aber jlücklich hätten Sie sich nich bei jefühlt!"

Sie starrte ein Weilchen in das Wetterleuchten, wandte sich ihm dann aber plötzlich wieder zu: „Ein feines Mädchen wollen Se doch aber mal heiraten?"

„Lizzie — ich will mal die Frau haben, die zu mir paßt — wenn ich ans Heiraten denken kann, werde ich sie mir suchen! Warum müssen Sie aber Ihre Mutter belügen — warum sagen Sie ihr's nicht, daß Sie sich mit mir treffen?"

„Wenn's Mutter wissen darf, dann brauchen wir doch hier nicht aufs eiserne Jeländer zu sitzen, dann können Sie doch bei uns kommen — in die Küche!"

„Und Vater?"

„Wenn Mutter nischt jejen hat, kann Vater nischt jejen machen!"

„Aber beide würden doch glauben — —"

„Janischt würden sie glauben — wie's kommt, so kommt's eben! Und wenn's Ihnen bei uns zu Hause nich jefällt — na, dann kommen Sie doch nach die Laube! Nächste Woche ziehen wir raus . . ."

„Das wäre mir schon lieber!"

„Ach — Sie kommen ja doch nich — vorigen Sonntag sind Sie auch nich jekommen, und es war doch so schönes Wetter — den janzen Tag hab ich verjebens jewartet!"

„Aber Sie fürchten sich doch davor, unglücklich zu werden!" sagte Willi.

„Das habe ich woll jesagt — aber, wie's kommt, so kommt's eben!"

„Nee — Lizzie, dadrauf möcht' ich's nicht ankommen lassen!"

Das hab ich mir ja jleich jedacht! Sie wollen's eben nich d'rauf ankommen lassen, daß wir uns so lieben, daß wir nachher nicht mehr auseinander können!"

„Lizzie — darauf ließe ich's schon ankommen, wenn sich's bloß um mich handelte — aber es handelt sich doch auch um Sie!"

„Ach — um mir machen Sie sich man keene Sorge — Mädchen wie ich, müssen wat riskieren . . ."

Er sah sie verwundert an: „Lauter Widersprüche — Lizzie?"

„Ja — ich weiß schon selbst nich mehr, was ich rede — ich weiß eben nich, wie ich's Ihnen sagen soll — Sie machen mir janz verwirrt . . . ." Sie hielt sich den Maiglöckchenstrauß vors Gesicht und kämpfte mit einer starken Verlegenheit.

Da legte er den Arm um sie und zog sie an sich: „Lizzie?"

Sie hielt ihm sofort den Mund hin, und er küßte sie. Dann sagte er: „Wir wollen nicht mehr darüber sprechen — sonst quälen wir uns bloß — wie's kommt, so kommt's — ja —?"

Und da küßte sie ihn wieder, wild und begehrend.

„Nun bist du wirklich mein Mädchen!"

Verzehrt von ihrem Gefühl, sah sie ihn an — vermochte nicht zu sprechen — nickte nur.

„Sag auch du zu mir!"

„Du — du — du!" sagte sie und küßte ihn jedesmal dabei. „Kann ich was für? Jleich den Abend, wo ich dir in die Küche sah, war ich futsch! Mutter wird sich freuen — sie weiß ja, daß ich dir so jerne habe und neckt mir schon lange mit. „Dein Willi will woll nich?" sagt sie immer. Wirst du nu aber auch wirklich nach unse Laube kommen?"

„Ja — aber wenn Mutter da is, können wir uns doch nich küssen!"

„Warum denn nich — jerade!" — — —

Als Willi an diesem Abend wieder daheim in seinem Stübchen saß, sagte er sich, daß nunmehr ein Zusammentreffen mit Brigitte von Bemack unmöglich geworden sei. „Aber — eine Erklärung bin ich ihr schuldig — die muß ich ihr wohl geben."

*

Wieder lag die Abendstimmung über der Stadt. Großmutters Stube mit den Birkenmöbeln war vom Abglanz des Himmels in gelbes Licht getaucht. Brigitte saß neben der alten Dame auf dem Sofa und hörte gduldig zu, was von der abenteuerlichen Rückfahrt in der Kalesche berichtet wurde. Wie die Pferde beinahe gescheut und Willi dann selbst die Zügel ergriffen und die aufgeregten Tiere beruhigt hätte, „Ja — es war überaus romantisch!" Auch der Oberst bestätigte es.

Und nun kam er selbst, der „Held". Aber er lachte laut auf, als er von seinem Heldentum erfuhr. „Großmama scherzt ja nur, der eine Gaul hatte aufgebäumt, weil ihn eine Bremse gestochen hatte — das war alles!"

„Aber es hätte sehr böse werden können," beharrte die alte Dame, „wenn du nicht sofort zugepackt hättest, dann . . ."

„Laß doch, Großmama," wehrte er ab.

Seine Verlegenheit war echt, entsprang aber dem süßen Taumel, in den ihn Brigittes Erscheinung versetzte, und der Beklommenheit, aus dem Gefühl heraus, daß er nun handeln müsse. Er sah, daß man bereits Tee getrunken und daß Brigitte bald gehen werde. So mußte er also ein unauffälliges Fortkommen möglich machen.

Der Großvater — ahnungslos — kam ihm zu Hilfe.

„So in Gala?" fragte er, Willis Anzug musternd.

„Ich will noch zu den Eltern, Mama erwartet mich, ich wollte nur Fräulein von Bemack rasch begrüßen und möchte mich jetzt gleich wieder verabschieden."

„Schade" — sagte die Großmama.

„Ja — ich wäre gern geblieben . . ."

Seltsam ruhten Brigittes Blicke auf seinem Gesicht, als er dann ging . . .

Unter den Baumkronen des Invalidenhauses wartete er, bis er ihre helle, schlanke Erscheinung aus dem alten Hause treten sah.

Sie spähte weder rechts noch links, ging in ihrer schnellen Art dahin. Er ließ ihr einen Vorsprung, holte sie dann ein.

Sie erschrak sichtlich. Da hatten Sie also vorhin die Unwahrheit gesagt . . ."

„Nein, ich gehe später noch zur Mama, aber jetzt konnte ich nicht anders — ich mußte Sie sprechen . . ."

Ein paar Schritte gingen sie stumm nebeneinander her. Da sagte er: „Sie wissen, was ich will!"

„Nein — ich weiß es nicht!"

„Sie Ihrer Kunst untreu machen . . ."

„Es wird Ihnen nie gelingen, denn dann wäre mein Leben inhaltslos."

„Aber — die Liebe!"

„Sie haben doch gehört, wie ich darüber denke."

„Ich weiß nur, daß Sie nicht heiraten wollen."

„Nun?" fragte sie und sah ihn plötzlich an.

„Großpapa sagte, daß man nur durch die Liebe das Höchste in der Musik geben könne."

„Nun?" fragte sie wieder, kampfesmutig, aber das Blut kam und ging in ihrem feinen Gesichtchen.

Da wich plötzlich seine Befangenheit, auch er wurde kampfeslustig, sprach aus, was er sonst nicht gewagt: „So will ich Sie nicht Ihrer Kunst untreu machen — aber dann sollen Sie auch das Höchste darin geben . . ."

„Das will ich doch auch!"

„Aber es ist Ihnen nur möglich durch die Liebe . . ."

„Zur Kunst," ergänzte sie.

„Zu mir!"

Ihre Kampfeslust war verflossen, sie wurde ängstlich.

Doch — er sprach weiter: „Fräulein von Bemack, ich könnte Sie nie fragen, ob Sie meine Frau werden wollen, denn ich könnte Ihnen nichts bieten — vor einem Heiratsantrag wären Sie also sicher. Wissen Sie, was ich bin — Maurergeselle!"

Sie lachte wie befreit auf.

„Sie denken, ich scherze, aber ich scherze nicht. Ich stehe tagsüber in Holzpantoffeln auf dem Gerüst und klebe Ziegelsteine zusammen."

„Aber doch nur, um alles praktisch kennenzulernen, was man als Baumeister wissen muß!"

„Nein — ich bin Maurer — Handwerker! Aber das wissen die Großeltern nicht!"

„Ist das denn wirklich wahr?"

„Ich geb' Ihnen die Hand d'rauf."

„Ich glaub's nicht!"

„Glauben Sie es nur — es ist wahr! Ich könnte Ihnen auch sagen, wie es gekommen ist."

Da sie ihn nun wirklich sehr neugierig ansah, begann er zu erzählen. Bald merkte sie, daß er die Wahrheit sprach.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270122-11/fragment/page=0010